

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Tanz den Bau: Zürcher Búezer Nelson mischt Tiktok auf. Seite 3

Taliban in Afghanistan:

Und jetzt?

Mittel-Ost-Kenner **Oliver Fahrni** über das **Desaster** der USA am Hindukusch, den **Propaganda-Krieg** und die **Frauen**. Seiten 10–11

Baubuden-Chefs drehen durch



Beschädigte Autos, bedrohte Kinder und Dumpinglöhne. Seite 5

Corona: Besuch im Pils-Bus

Wenn die Spritze zu den Menschen kommt. Die Reportage. Seite 9

Unia: So läuft's mit dem Umbau

Eine Zwischenbilanz zu Unia 2.0. Seite 12

Super-Food
super clever!

Die einheimischen Alternativen zu Goji, Chia, Manuka & Co. sind günstiger. Auch für die Umwelt. Der work-Ratgeber.

Seiten 16–17

Demo vor der Universität Kabul: Ein Mädchen mit einer Hygienemaske schwenkt eine Taliban-Flagge.



LEERSTELLE AFGHANISTAN

Hindukusch, Kandahar, Dschalalabad: Es liegt nicht nur an der Schweizer Winterschulmarke, dass diese Namen in unseren Ohren klingen. Nach Freiheit. Abenteuer. Und Opium. Nach Sehnsuchtsorten. Zwar reiste Karl May in seinen Abenteuerromanen nie so weit nach Osten. Sein britischer Kollege Rudyard Kipling aber schon. In seiner Erzählung «Der Mann, der König sein wollte» planen zwei britische Abenteurer, mit ihren Martini-Henry-Gewehren im afghanischen Kafiristan (heute Nuristan) die Herrschaft zu übernehmen. Es endet übel. 1939 reist auch die Schweizer Schriftstellerin Annemarie

Afghanistan ist magischer Ort des Begehrens und des Scheiterns.

Blumenkinder, Entdecker und Ausgeflippte an. Auf der «Hasch-Route» mit dem VW-Bus oder per Autostop unterwegs nach Indien, bleiben viele hängen. Afghanistan ist damals eine Monarchie und es gibt starke revolutionäre Bewegungen. Die Stimmung im Land: weltoffen. Doch König Mohammed Zahir Schah fällt 1973. Dann mischen sich die Sowjets und die USA ein. Das ist der Anfang vom Ende der Sehnsuchtsreisen.

ZEIT VERLOREN. Kein schlimmer Land als Afghanistan: Wer heute im Westen Afghanistan sagt, meint Taliban. Oder «Steinzeit» oder «Mittelalter». Der Taliban ist bei uns zum Bösen an und für sich avanciert. Zum Frauenpeitscher. Zum Zerstörer-Zombie. Soraya, eine ehemalige Abgeordnete in Kabul, beschreibt das so: «Afghanistan ist eine Leerstelle auf eurer geistigen Landkarte.» work-Autor Oliver Fahrni hat mit ihr für das grosse Afghanistan-Dossier gesprochen (Seiten 10–11). Und macht darin eine differenzierte Einordnung der Situation. Aber auch der bewegten Geschichte. Sein Text ist eine Wohltat im Vergleich zur Einfalt und zum Einheitsbrei, die uns die meisten Medien derzeit zumuten. Sie feiern die US-Besatzung von Afghanistan auch jetzt noch, nach dem grossen Scheitern, als grossen Segen. Insbesondere für die afghanische Frau. Soraya sieht das anders, sie sagt: «Das Gegenteil ist wahr. Das Bündnis der Amerikaner mit den Kriegs- und Drogenfürsten hat die konservativen Kräfte der Gesellschaft gestärkt. Wir Frauen haben viel Zeit verloren.» 20 Jahre nach dem Einmarsch der USA und nach dem Einsatz von 2000 Milliarden Dollar hinterlässt der Westen ein ausgeblutetes, tief gespaltenes, bitterarmes Afghanistan, dessen Bevölkerung vor einer Hungerkatastrophe steht. Jetzt müssen die Taliban Afghanistan neu erfinden.

ELEFANTENFRIEDHOF. Der deutsche Schriftsteller Theodor Fontane schrieb: «Vernichtet ist das ganze Heer, / Mit dreizehntausend der Zug begann, / Einer kam heim aus Afghanistan.» Das war 1859, beim Rückzug der Briten aus Kabul. Afghanistan ist der Elefantenfriedhof ganzer Imperien. Unglaublich, aber wahr: Am Hindukusch haben sich vor den USA schon Griechen, Mongolen, Inder, Türken, Russen und Briten die Zähne ausgebissen. Ganz zu schweigen von der Sowjetunion. Krieg, Krieg, Bürgerkrieg und nochmals Krieg. Und die Eindringlinge scheiterten alle. Ob in der Realität oder in der Literatur, Afghanistan ist magischer Ort des künstlerischen Begehrens und des kolonialen Scheiterns.

Pflegerin Annette Jaggi erklärt, warum sie nach über 20 Jahren aussteigt: «Eine optimale Pflege ist nicht mehr möglich»

Schon seit Wochen sind die Intensivstationen zu fast 80 Prozent ausgelastet. Das klingt nicht dramatisch, ist es aber. Pflegerin Annette Jaggi sagt: «Wir müssen jeden Tag die Pflegequalität herunterfahren.» Jetzt hat sie genug.

CHRISTIAN EGG Zum Beispiel das Zähneputzen. Die Intensivpflegefachfrau Annette Jaggi sagt, die Mundpflege komme bei den Patientinnen und Patienten auf der Intensivstation seit Wochen zu kurz. «Das ist eins von vielen Dingen, die wir weglassen müssen, wenn wir überlastet sind.» Eine Bagatelle? Nein, sagt Jaggi. Menschen, die künstlich beatmet werden, haben ein erhöhtes Risiko, eine Spitalinfektion einzufangen. Also eine Krankheit, die sie noch nicht hatten beim Spitaleintritt. Die Folgen sind Komplikationen, im schlimmsten Fall der Tod. Regelmässige Mundpflege senkt dieses Risiko und ist deshalb auf der Intensivstation Standard.

KONSTANTE ENTTÄUSCHUNG Aber eben. Die Standards können Jaggi und ihre Kolleginnen und Kollegen seit Beginn der vierten Coronawelle Ende Juli oft nicht einhalten. Die 44-jährige sagt: «Was wir aktuell machen, ist nicht mehr optimale Pflege.» Nach über zwanzig Jahren auf der Intensivstation steigt Jaggi jetzt aus. Ende November

30. Oktober: Nationale Pflegedemo in Bern Endlich bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege: Dafür gehen die Pflegenden am 30. Oktober in Bern auf die Strasse. Denn obwohl sie in der Pandemie an vorderster Front arbeiten, stiessen ihre Forderungen bisher bei Politik und Arbeitgebern auf taube Ohren. Jetzt reicht's! unia.ch/pflegedemo

wechselt sie die Stelle und koordiniert fortan Organtransplantation. Den starren Drei-Schichten-Betrieb, das Einspringen an freien Tagen und – schon vor Corona – die konstante Enttäuschung, nicht die Pflege leisten zu können, die sinnvoll wäre: all das mag sich die Pflegerin im 50-Prozent-Pensum und dreifache Mutter nicht mehr antun. Natürlich lasse sie jetzt die Kolleginnen und Kollegen «im Schlamassel» zurück, sagt sie. «Aber ich

«Das Spital findet keine Leute mehr, die auf der Intensivstation arbeiten können und wollen.»

PFLEGEFACHFRAU ANNETTE JAGGI

muss etwas ändern, bevor der Frust zu gross wird.» Aktuell sind die Schweizer Intensivstationen im Schnitt zu 77 Prozent ausgelastet (Stand 28. September). Seit nunmehr sechs Wochen liegt der Wert immer zwischen 73 und 82 Prozent. Und die Zahl täuscht, sagt Jaggi. Denn: «Schon bei 80 Prozent müssen wir die Qualität herunterfahren.» Zum Beispiel weniger oft sogenannte Mobilisationen machen. Dabei richten zwei bis drei Pflegenden die Patientin auf, so dass sie während rund 20 Minuten am Bettrand sitzt. Jaggi: «Das hilft ihnen, sich zu orientieren. Dabei kontrollieren

ANNETTE JAGGI: Die Intensivpflegefachfrau will ihren Beruf verlassen, bevor der Frust zu gross wird. FOTO: MATTHIAS LUGGEN



wir auch die Lunge, suchen nach Druckstellen und so weiter.»

STARKE ÜBERLASTUNG Studien zeigen: Mobilisationen fördern den Heilungsprozess. Aber sie brauchen Zeit. Zeit, die die Pflegenden auf der Intensivstation nicht haben. Weil sie zu wenige sind. Auf Jaggis Station sind kürzlich zwei Teammitglieder ausgefallen. Wegen Überlastung. Eine weitere Kollegin hat die Zusatzausbildung zur Intensivpflege abgebrochen. Und es kommen keine neuen Pflegenden nach. Jaggi: «Das Spital findet keine Leute mehr, die auf der Intensivstation arbeiten können und wollen.» Die Verbleibenden füllen deshalb am Ende der Schicht ein «Arbeitsüberlastungsprotokoll» aus. Um zu dokumentieren, was sie nicht erreicht haben. So normal ist die Über-

CORONA Die grosse Impftram-Reportage und die Nicht-Impf-Gründe **Seiten 8/9**

lastung schon, dass es dafür ein Formular gibt. Und der Irrsinn hört nicht auf. Wie alle Abteilungen müsste die Intensivstation rentabel sein. Ist sie aber nicht, sagt Annette Jaggi: «Coronafälle auf der Intensivstation brauchen bis zu viermal mehr Personal als andere.» Von den Krankenkassen gibt's aber nur eine Fallpauschale. Allen sei klar, dass diese hinten und vorne nicht reiche, sagt Jaggi: «Trotzdem werden wir an diesen Zahlen gemessen. Das leuchtet mir einfach nicht ein.»

Italien: Wegweisender Durchbruch für Gewerkschaften Online-Riese Amazon muss GAV einhalten

Ein landesweiter Streik der Päcklizustellenden zwang den US-Multi Amazon in Italien schliesslich in die Knie. Er muss nun den Logistik-GAV einhalten.

RALPH HUG Soeben musste der US-amerikanische Online-Riese im Arbeitsministerium in Rom eine Vereinbarung mit den italienischen Grossgewerkschaften CGIL und CSIL unterzeichnen. Sie besagt, dass der Konzern die Regeln des geltenden Logistik-GAV in Italien einhalten solle. Nichts, was Amazon weniger gern täte. Denn erstens verhandelt Amazon nicht mit Gewerkschaften. Und zweitens will man sich keine Löhne vorschreiben lassen.

AMAZONS ACHILLESFERSE Doch in Italien gibt es keinen Durchmarsch für Amazon-Milliardär Jeff Bezos. Im vergangenen März legte ein Streik die Amazon-Lieferkette im Land lahm. Ohne diese funktioniert der Konzern nicht, sie ist seine Achillesferse. Tausende streikten aus Protest gegen Amazons Weigerung, sich zu einem GAV mit anständigen Arbeitsbedingungen zu verpflichten. Daraufhin ordnete das

Arbeitsministerium ein Dialogverfahren an. Dessen Ergebnis ist die erwähnte Vereinbarung. Ob der US-Konzern sich tatsächlich an die geltenden Logistikregelungen hält, ist aber noch offen. Amazon war nicht nur wegen des Streiks zum Dialog gezwungen. Der Konzern will auch ein zweites grosses Verteilzentrum in der Basilicata im Süden bauen. Dabei ist er auf den Goodwill der Behörden angewiesen.

KRIMINELLE PRAKTIKEN Der Erfolg der italienischen Gewerkschaften ist ein Durchbruch. Denn Amazon hat mit dem Aufbau eigener Lieferdienste mit Partnerfirmen begonnen («Amazon Logistics»). Dieses Netz baut der Digitalkonzern nach dem System des Fahrdienstes Uber via eine Online-Plattform auf. So kann er die Arbeitsbedingungen diktieren, ohne eigene Angestellte zu haben. In den abhängigen Subunternehmen sowie bei den einzelnen Kurierfahrerinnen und -fahrern herrschen prekärste Arbeitsverhältnisse mit Stress, Niedriglöhnen und überlangen Arbeitszeiten. Teils blühen auch kriminelle Praktiken, indem Sozialversicherungen nicht abgerechnet werden, Lohn bar auf die Hand bezahlt und schwarzgearbei-



AMAZON-STREIK: Tausende protestierten in Italien. FOTO: GETTY

tet wird. In solchen Jobs arbeiten vor allem Leute mit Migrationshintergrund, die sonst wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Dies hat soeben die Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem neuen Bericht mit dem Titel «Amazons letzte Meile» enthüllt. «Amazon ist ein Treiber der Prekarisierung», macht der Report klar.

EINE PREMIERE Nicht nur in Italien liefern Zehntausende täglich Pakete für Amazon Logistics aus. Deshalb weist der ge-

werkschaftliche Erfolg weit über das Land hinaus. CGIL-Generalsekretär Maurizio Landini freut sich:

«Diese Vereinbarung ist weltweit ein Novum.»

CGIL-GEWERKSCHAFTER MAURIZIO LANDINI

«Diese Vereinbarung ist weltweit ein Novum im Verhältnis der Gewerkschaften zum E-Commerce-Riesen.»

* Download unter: rebrand.ly/letzte-meile-amazon

NELSON «JACKSON»
MARTINS: «Ich tue einfach
die Dinge, die ich mag. Ich
liebe das Tanzen. Und
ich mag meine Arbeit auf
dem Bau.» FOTO: NICOLAS ZONVI

Nelson «Jackson»
Martins (37) tanzt neben
Bagger und Kran

Baubüezer, Unia-Mitglied und Tiktok-Star

Schon mit elf imitierte er Michael Jacksons «Moonwalk» – und 7000 Menschen schauten ihm zu. Heute begeistert der «tanzende Bauarbeiter» Millionen mit seinen Videoclips. Und tritt jetzt auch für die Gewerkschaft auf.

JOHANNES SUPE

Er tanzt auf Baustellen – und Millionen schauen zu. Der Aufstieg von Nelson Martins (37), besser bekannt als «Nelson Jackson», begann im April 2020 auf der Video-Plattform Tiktok. Der Arbeiter fängt an, auf den Baustellen zu tanzen, auf denen er arbeitet. Seine Clips gehen durch die Decke: Bald schon schauen ihm mehr als drei Millionen Menschen zu, wie er, umgeben von Kränen und Baugerät, Michael Jackson nachahmt. Martins sagt: «In der Corona-Zeit waren viele Menschen bedrückt. Da wollte ich etwas tun, um die Stimmung zu verbessern.»

Die Stimmung verbessern, das will Unia-Mitglied Martins nun auch am 30. Oktober. Wenn Tausende Beschäftigte auf die Strasse gehen, um für bessere Löhne zu demonstrieren, wird er dabei sein. Wird in Zürich der Menge einheizen (siehe Artikel rechts). Tanzend, selbstverständlich. Er skandiert: «Kommt zur Demonstration! Sie ist wichtig für uns Arbeiterinnen und Arbeiter. Denn wir müssen zusammen für unsere Rechte kämpfen.»

Aber was treibt den gebürtigen Portugiesen an? Vor acht Jahren hat es ihn die Schweiz verschlagen. Martins erinnert sich: «In Portugal bin ich in einem Dorf aufgewachsen. Als ich erwachsen wurde, habe ich gemerkt, dass ich mehr von der Welt sehen wollte.» Und so zog es ihn – er war gerade Mitte zwanzig – zuerst nach Deutschland, später nach Belgien, schliesslich nach Meilen im Kanton Zürich. Wieder ein eher beschaulicher Ort.

Er wohnt in einer kleinen, aber gemütlichen Wohnung oberhalb eines Baugeschäfts. Für Bett, Schrank, Tisch und Fernseher hat es gerade genug Platz, an der Wand hängt eine ganze Sammlung von Hüten – aus der Schweiz, aus Griechenland und Portugal. Sie sind auch Andenken an die vielen Reisen, die Martins unternimmt. Ist es ihm in Meilen nicht zu eng? Mitnichten! Er möge die Vertrautheit in der Nachbarschaft, so Martins. Und führt aus: «Sie kennen mich. Und viele folgen mir auch auf Instagram oder bei Tiktok.»

SPITZNAME JACKSON

Dass er einmal auch ausserhalb der Nachbarschaft bekannt sein würde, damit hatte Martins nicht gerechnet. Sein Erfolg hat den Tänzer überrascht: «Ich tue einfach die Dinge, die ich mag. Ich liebe das Tanzen. Und ich mag meine Arbeit auf dem Bau. Meine Equipe und ich, wir lachen miteinander, wir haben eine gute Zeit.» Martins war bereits in Portugal auf dem Bau tätig gewesen. Und in seiner Stimme schwingt etwas Stolz mit, wenn er von dem Projekt erzählt, an dem er und seine Kollegen derzeit arbeiten: ein 24stöckiger Riesenbau in Zürich Oerlikon. Das grösste Gebäude, an dem der Baubüezer je mitgeschafft hat.

Die Leidenschaft fürs Tanzen reicht weiter zurück, beginnt in Martins' Kindheit. Bereits mit elf Jahren imitiert Martins an einer grossen Veranstaltung in Portugal den «Moonwalk». 7000 schauen ihm zu. Den Moment danach, als sich alle von ihren Plätzen erheben und jubeln, werde er nie vergessen, erzählt er. Mit seinem Auftritt war

auch sein Spitzname geboren: In der Schule nannten sie ihn fortan «Jackson».

Später lernt «Jackson» bei der bekannten portugiesischen «Momentum Crew» Breakdance-Moves. Doch er entscheidet sich gegen eine Karriere als professioneller Tänzer. Zu unsicher sei das, meint er. Stattdessen geht er auf den Bau, landet wie oben beschrieben letztlich in der Schweiz. Hier verdingt er sich mehrere Jahre als Temporärarbeiter, bis er schliesslich eine Festanstellung bekommt.

«Die Gewerkschaft muss unbedingt stärker werden.»

NELSON «JACKSON» MARTINS

DAS FORMULAR

Wie aber ist Martins in der Gewerkschaft gelandet? Auf die Frage lacht er schon wieder. Nur zu gut könne er sich noch daran erinnern. 2017 sei er auf der Strasse angesprochen worden, erzählt Martins. Deutsch habe der Unia-Werber mit ihm geredet. Gewisse Wörter habe er verstanden, andere nicht. Trotzdem unterschreibt Martins das Formular, das ihm der Werber hinstreckt. Es ist ein Mitgliedschaftsformular. Als dann die Rechnung für den Mitgliederbeitrag ins Haus flattert, beginnt es Martins zu dämmern, was genau er da unterschrieben hat. Zuerst ärgert er sich. Doch er bleibt in der Unia.

Heute ist er froh darüber: «Wenn ich Hilfe brauche oder Rat, dann ist die Unia da.» Die Gewerkschaft müsse unbedingt stärker werden, denn gerade von grossen Konzernen würden die Büezer oft nur als Nummern betrachtet. Ihm selber ist das zum Glück noch nicht widerfahren. Doch als Schutz sei die Unia für alle wichtig, findet Martins. Für die Stimmung hingegen – da braucht es Leute wie ihn, den «tanzenden Bauarbeiter», der jetzt schon seine Kollegen und bald eine ganze Demo in Schwung versetzt.

Vier Demos, ein Anliegen: 2 Prozent mehr Lohn!

Bauarbeiter, Verkäuferinnen, Elektriker, usw.: Sie alle haben in der schweren Zeit der Corona-Pandemie alles gegeben. Bruna Campanello, Leiterin des Unia-Sektors Gewerbe, macht es anhand des Baus deutlich: «Die Auftragsbücher sind voll. Von den Kolleginnen und Kollegen wird eine extreme Flexibilität verlangt. Nun verlangen sie auch etwas: Lohnerhöhungen!»

FORDERUNG. Die Teuerung solle ausgeglichen werden, zudem müsse am Ende noch etwas mehr im Portemonnaie bleiben. Das ergibt: Mindestens zwei Prozent mehr Lohn! Das ist die Forderung branchenübergreifender Lohndemonstrationen am 30. Oktober.

In **Genf** und **Bellinzona**, in **Zürich** und **Olten** werden die Kundgebungen stattfinden. Zudem wird am selben Tag in Bern eine eigene Demonstration für die Gesundheitsberufe abgehalten (siehe Seite 2). Die Unia organisiert den Transport auch aus anderen Kantonen. Details zu Versammlung und Abfahrt geben die Unia-Sektionen vor Ort. Weitere Informationen gibt es auch im Netz: solidaritaet.unia.ch (jos)



Das Leben ist schön, solange nichts passiert.

suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

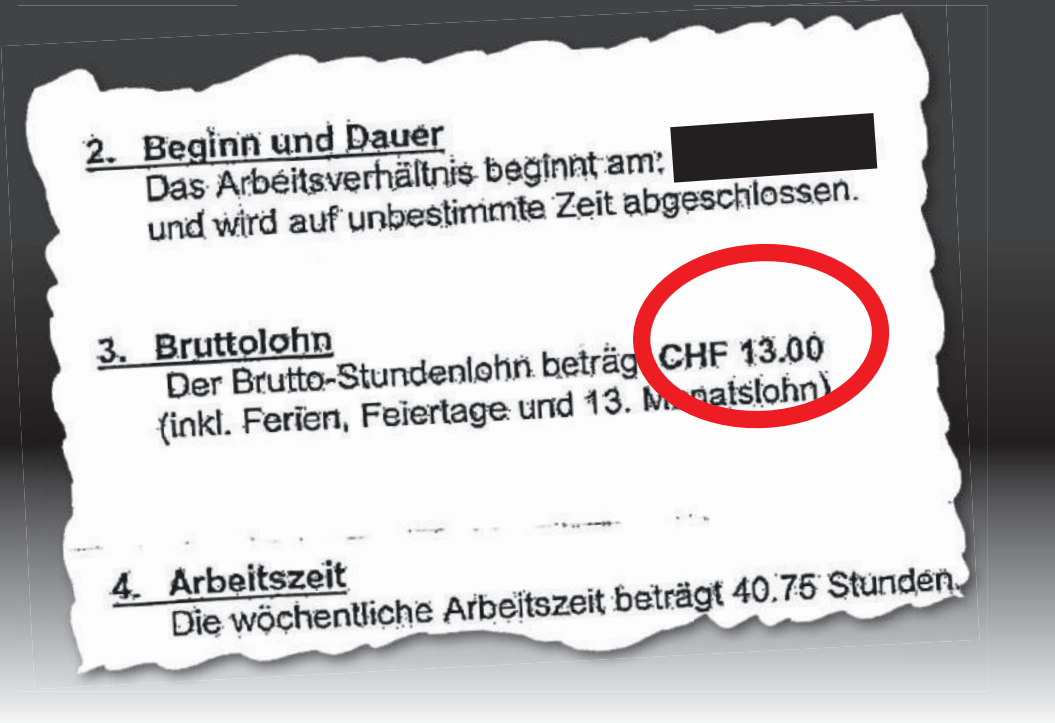
suva

Solothurner Gaunerbude: Eine Geschichte wie aus einem Mafia-Film

Horror, Terror und Lohndrückerei



DROHKULISSE: Beschädigte Autos von ehemaligen Mitarbeitenden der Plattenleger-Firma.



LOHNBSCHISS: Rechts unten der Arbeitsvertrag mit einem Stundenlohn von 13 Franken brutto, 10 Franken weniger, als der GAV vorschreibt. FOTOS: ZVG

Ein Plattenleger deckt das dreiste Lohndumping einer Solothurner Firma auf. Jetzt eskaliert die Situation. Arbeiter, Geschäftspartner und sogar ihre Familien werden bedroht.

JONAS KOMPOSCH

Demolierte Autos, Dumpinglöhne, Morddrohungen und Einschüchterungen von Kindern: Es ist eine Geschichte wie aus einem Mafia-Film, die «20 Minuten» publik machte. Doch der Horror ist höchst real, wütet mitten in der Schweiz und nimmt kein Ende. Im Zentrum steht eine Plattenlegerbude, die vor vier Jahren in Büren an der Aare BE eröffnet wurde. Anfang Mai verlegte sie ihren Sitz nach Solothurn. Warum, ist unklar, doch eines steht fest: Wer mit dieser Firma geschäftet oder für sie arbeitet, geht hohe Risiken ein. Das weiss niemand besser als Giovanni Rossi*. Als Inhaber eines Bauunternehmens vergab er vor drei Jahren der damals taufrischen Plattenfirma einen Unterauftrag. Sie sollte im Wohnpark «Champagne» in Biel Innenausbauarbeiten erledigen. Das habe zunächst gut funktioniert, sagt Auftraggeber Rossi. Doch zunehmend seien ihm die beiden Plattenleger-Chefs negativ aufgefallen. Rossi: «Sie haben ihre Arbeiter wie Dreck behandelt.» Für Rossi war deshalb klar: «Nie wieder!» Vergebens hätten die beiden Chefs neue Aufträge verlangt. Dann die Überraschung.

Übers Wochenende wurden auf der Bieler Baustelle in mehreren Häusern Bodenplatten zerstört. Und zwar

nur solche, die eine Konkurrenzfirma gelegt hatte. Diesen Vorgang bestätigt die Bauherrschaft. Ein Bauleiter, der anonym bleiben will, sagt zu work: «Jemand ging systematisch mit dem Hammer ans Werk.» Giovanni Rossi hatte sofort einen Verdacht. Der schien sich zu bestätigen, als einer der Plattenleger-Chefs ihn am Montag

«Ich fühlte mich wie ein Sklave.»
EX-PLATTENFIRMA-MITARBEITER

konfrontierte: «Na, habe dieser spitzbübisch gefragt, «hast du jetzt Arbeit für uns?» Rossi zog die Reissleine. Denn auch auf einer anderen Baustelle, auf der die Firma am Werk war, geschah Merkwürdiges. So verschwanden drei Paletten voller Keramikplatten. Ausserdem habe ihm die Firma eine Rechnung von 6000 Franken nicht begleichen wollen. Statt zu zahlen, hätten die Chefs ihm Gewalt angedroht.

AUTOS BESCHÄDIGT

Zur gleichen Zeit meldete sich bei der Unia Solothurn ein Hilfsarbeiter der Plattenlegerfirma. Er verdiente 13 Franken pro Stunde – gut 10 Franken weniger, als der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vorschreibt. Das belegt sein Arbeitsvertrag (siehe Ausriss oben). Die Gewerkschaft vermittelte einen Anwalt, der dem Plattenleger über 10 000 Franken ausstehendes Gehalt erstritt. Ausserdem meldete die Unia den Fall bei der paritätischen Kommission (PK), die sofort eine Kontrolle durchführte. Bilanz: nicht weniger als elf GAV-Verstösse und eine dadurch entstandene Differenzsumme von über 56 000 Franken! Noch heute ist gegen

die Firma ein Verfahren bei der PK hängig, wie diese auf Anfrage bestätigt. Doch die PK-Kontrolle habe die Chefs regelrecht in Rage gebracht. Das sagt der Plattenleger, der bei der Unia Hilfe suchte. Schon früher hätten ihm die Chefs gedroht: «Wenn du zur Polizei gehst, bestrafen wir dich. Wenn du uns 10 000 Franken Schaden machst, machen wir dir 20 000 Franken Schaden.» Prompt wurde nun sein Auto beschädigt und die Nummernschilder gestohlen. Für den Geschädigten ist klar: «Dahinter stecken meine Ex-Bosse!» Belegen kann er das nicht. Doch bei der Berner Kantonspolizei sind die Chefs keine Unbekannten. Bereits 2018 musste sich einer von ihnen auf dem Polizeiposten erklären, da er von einem Mitarbeitenden des Vandalismus beschuldigt wurde. Eine entsprechende Vorladung liegt work vor. Und auch ehemaligen Geschäftspartnern wurden die Pneus aufgeschlitzt, nachdem sie mit der Firma in Konflikt geraten waren. Das bestätigen sie work, möchten aber keinesfalls mehr dazu sagen.

Eine Ausnahme ist Bauunternehmer Rossi. Denn er hat beschlossen, den ehemaligen Arbeitern der Plattenfirma zu ihrem Recht zu verhelfen. Sieben haben bei ihm bereits ihr Leid geklagt. Einer sagt: «Ich fühlte mich wie ein Sklave.» Rossi will aber auch seine Geldforderungen nicht einfach abschreiben. Und das brachte ihm den puren Horror.

TERROR AUF SPIELPLATZ

Es geschah im Mai. Seine neunjährige Tochter sei mit einer Freundin auf dem Spielplatz gewesen. Da sei plötzlich einer der Plattenleger-Chefs aufkreuzt. Rossi: «Mit bösem Blick lief er schnurstracks auf sie zu und stoppte erst unmittelbar vor ihr.» Panisch sei das Mädchen davongerannt und habe

sich im nahen Schulhaus versteckt. Wenige Wochen später sei derselbe Mann erneut gegen seine Familie vorgegangen: «Meine Frau und meine Tochter lagen gemütlich in der Badi. Plötzlich bemerkten sie, dass sie von diesem Typen angestarrt wurden.» Ein ganze Stunde habe der das durchgezogen. Rossi alarmierte die Polizei und eilte auch selbst herbei. Bei der Badi angekommen, habe ihn der Plattenleger-Chef sofort angegriffen und gedroht, ihn zu töten. Mit drastischen Folgen: «Meine Tochter hat seither Angstzustände.» Er selbst habe sich zum Selbstschutz ausgerüstet, Kameras montiert und rechtliche Schritte eingeleitet – letzteres mit mässigem Erfolg. Zwar verhängte ein Gericht superprovisorisch ein Kontaktverbot gegen die beiden Plattenleger-Chefs.

Wer mit dieser Firma geschäftet, geht hohe Risiken ein.

Damit dürfen sie sich Rossi und seiner Familie nicht mehr nähern. Doch der Terror geht weiter: Kurz nachdem «20 Minuten» bei der Firma angerufen hatte, wurde Rossis Firmenauto beschädigt.

Was aber sagt die Firma zu all dem? Als work den Geschäftsführer am Telefon erreicht, verlangt dieser die Namen der Informanten, was work aus Gründen des Quellenschutzes verweigert. «Wir sehen uns vor Gericht!» keift er darauf in den Hörer und legt auf – bloss um wenig später zurückzurufen und sämtliche Anschuldigungen zu bestreiten. Mehr Klarheit könnte der 11. Dezember bringen. Dann müssen die Plattenleger-Chefs und Rossi vor den Schlichtungsrichter.



Die Briefträgerin & die Maschinen

Die Briefträgerin begegnete einem jungen Kollegen vom alten Arbeitsort. Sie tauschten sich aus über dies und das und auch über die Post. «Seit der letzten Reorganisation haben



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

wir Megatouren», berichtet der Kollege. «Geht ja an normalen Tagen, aber wenn wir Bruttowerbung vertragen – da bist

«Neunstünder und mehr», seufzte die Briefträgerin schauernd.

du bis um vier dran!» «Bruttowerbung» heisst im Post-Jargon die nichtkommerzielle Werbung, die an alle Haushaltungen geht, zum Beispiel Spendenaufrufe oder Wahlpropaganda. «Neunstünder und mehr», seufzte die Briefträgerin schauernd, und der Spassvogel kam ihr in den Sinn, der regelmässig verkündet: «Eines Tages dräih i dure!»

ZUR HAND GEHEN. Die Briefträgerin erinnerte sich auch an eine kürzlich erlebte Szene: Eine vor der Pensionierung stehende Kollegin war auf der grössten Tour des Teams eingeteilt. Gut, der Chef anerbot ihr, einen Zipfel zu übernehmen, aber die Kollegin wollte sich nicht eingestehen, dass das hilfreich und eine Erleichterung gewesen wäre. Und stöhnte, zurück im Stollen, sie sei so am Anschlag, dass sie den Bettel am liebsten hinschmeissen würde. Der Chef ging ihr zur Hand, und schliesslich hatten alle Feierabend. Wobei die Kollegin, bevor sie die Bude verliess, bemerkte: «Ich bin einfach nur fertig!»

MÜDE UND ERSCHÖPFT. Bald darauf kam die Briefträgerin in einer anderen Stadt auf der Strasse mit einem Berufskollegen ins Gespräch. Thema waren auch die Arbeitsbedingungen bei der Post. «Früher gab es Reservedienste vor Ort», erinnerte sich der Kollege. «Heute müssen die Teammitglieder alles auffangen, wenn jemand ausfällt. Mein Vater war schwer krank, ich stand ihm zur Seite, so gut es ging. Das nahm mich sehr mit, ich war müde und erschöpft. Mein Chef war verständnisvoll, sagte aber, er wäre froh, wenn ich trotzdem zur Arbeit käme, denn sie müssten schon zwei Touren aufteilen. Ich empfand solidarisch, ging hin – und fühlte mich als Maschine.»

* Name geändert

Länder Osteuropas Der grosse Kollaps

Die Länder Osteuropas geniessen bei uns keinen guten Ruf, vor allem seit dort autoritäre Regimes dominieren. Westeuropäische Linke und Grüne vermissen im Osten starke Schwester-Bewegungen und wenden sich enttäuscht ab. Im Westen wissen allerdings viele nicht, welche Katastrophen die Menschen in diesen Ländern nach dem Fall



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

der Mauer durchgemacht haben. Sie erhofften sich mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Stattdessen provozierten neoliberale Regierungen mit ihren Schocktherapien einen langen ökonomischen Zusammenbruch. Radikale Privatisierungen stiessen Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zerschlugen die Regierenden den sozialen Schutz. Es folgte «der tiefste und längste Wirtschaftskollaps, den eine Weltregion in der Moderne je getroffen hat». So die Osteuropa-Forscherin Kristen Ghodsee.

ARMUT. Polen, Ungarn, Tschechien zum Beispiel kannten einen zehn Jahre langen Einbruch ihrer Wirtschaftskraft von bis zu 30 Prozent. Das ist vergleichbar mit der grossen Weltwirtschaftskrise ab 1929. Die am härtesten betroffenen Länder Kosovo, Serbien, Ukraine, Georgien verloren auf dem Tiefpunkt 60 Prozent ihrer Wirtschaftskraft. Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall haben sie den alten Stand noch nicht wieder erreicht. Gegen 50 Prozent der Menschen lebten hier zeitweise in Armut. Die Geburten gingen zurück, der Körperwuchs der Jungen ging zurück, die Lebenserwartung ebenso. Millionen mussten in den Westen auswandern. Vom Wirtschaftsaufschwung ab den 2000er Jahren konnte nur ein Teil der Leute in den Grossstädten profitieren. Die «Zurückgelassenen» leben noch heute prekär.

LINKS UND RECHTS. Erst war eine Mehrheit der Menschen linken politischen Kräften nicht abgeneigt. Aber diese erwiesen sich – gepusht auch von ihren westlichen Schwesterparteien – als glühende Verfechterinnen und Verfechter der marktradikalen Rosskur. So wird die Linke heute vielerorts mit der antisozialen Tortur der letzten Jahrzehnte identifiziert. Die Rechtspopulisten dagegen kombinieren geschickt wirtschaftlichen Liberalismus mit sozialstaatlichen Massnahmen. In Polen senkten sie beispielsweise das Rentenalter und erhöhten die Kinderzulagen massiv. Das ist mit ein Grund dafür, dass ihnen viele jetzt folgen.



Corona FAQ: Wissen, was gilt

Zertifikat, Impfung, Tests – es gibt viele brennende Fragen rund um Corona. Wir haben die wichtigsten Antworten für Arbeitnehmende:

www.unia.ch/corona

Nach dem teuer erkauften Nein zur 99-Prozent-Initiative Der rechte Raubzug geht weiter

Mit einer millionenschweren Kampagne und Fake News haben Konzerne und Superreiche die Abstimmung über die 99-Prozent-Initiative gewonnen. Jetzt haben sie schon ein weiteres Steuer Geschenk bekommen.

CLEMENS STUDER

Knapp eine Million der Abstimmenden (35,1 Prozent) wollten, dass Superreiche wenigstens ein bisschen mehr Steuern bezahlen müssen. Nicht für ihr Einkommen, sondern auf ihren Kapitaleinkünften. Schliesslich arbeitet Geld nicht. Nie. Renditen auf Kapital sind im wesentlichen nichts anderes als den Arbeitenden vorenthaltene Löhne und nicht bezahlte Sozial- und Umweltkosten der Produktion.

Diese zentrale ökonomische Erkenntnis haben die Juso mit ihrer Initiative wieder in ein breiteres Bewusstsein gebracht. Wie nervös diese Debatte die Super- und Bestverdienenden macht, zeigt die enorme Summe, die ihre Verbände und Parteien von SVP bis zu den

Maurers Wunschzettel für Steuergeschenke an Vermögende umfasst 16 Punkte.

rechten Grünen von der GLP in den Abstimmungskampf pumpten. Es war so viel, dass es gar ihrem Leib- und Magenblatt NZZ fast ein bisschen übertrieben erschien.

UND WEITER GEHT'S

In den vergangenen Jahrzehnten sanken die Steuern für Konzerne und Bestverdienende auf allen Staatsstufen massiv. Die Steuersätze für Normalverdienende stagnierten. Gering- und Mittelverdienende ächzen im Gegenzug unter explodierenden Krankenkassen-Prämien (siehe Box). Und sie leiden unter den Sparmassnahmen bei Prämienverbilligungen, Bildung und Gesundheitswesen. Diese sind die direkte Folge der rechten Steuersenkungspolitik zugunsten der Reichen und Superreichen. Und während die Reichsten selbst in der Coronakrise noch um Milliarden reicher wurden, mussten Hundert-



WAS FÜR EIN HUNDELEBEN! Gehätschtes Tierchen in St. Moritz. FOTO: KEYSTONE

tausende in Kurzarbeit mit 80 Prozent ihres Lohnes über die Runden kommen.

Trotzdem ist die Gier der Konzerne und der Superreichen noch längst nicht gestillt. Im Gegenteil. Ihre Parteien schieben Steuergeschenke um Steuergeschenke auf die Schiene. Ein paar Beispiele und ihre Kosten:

● **Verrechnungssteuer:** In der Woche nach der Abstimmung beschloss der Nationalrat die Abschaffung der Verrechnungssteuer. Nicht etwa auf den (wenn überhaupt noch vorhandenen) mickrigen Zinsen für Lohn- und Sparkonti, sondern für Obligationären und Obligationärinnen. Die erhalten bisher ihre Kapitaleinnahmen mit einem Abzug ausbezahlt, damit sie diese Einnahmen auch bei der Steuererklärung nicht «vergessen». Und bekommen sie dann zurückerstattet. Die Mehrheit des Nationalrats will das jetzt ändern und ein neues Schlupfloch für vermögende Steuerhinterziehende schaffen. **Schaden für die Allgemeinheit: mindestens 1 Milliarde Franken einmalig und dann mindestens 170 Millionen pro Jahr.**

● **Emissionsabgabe:** Hier hat das Parlament die Abschaffung bereits beschlossen. Davon würden ausschliesslich Konzerne und Superreiche profitieren. Kleine und mitt-

lere Unternehmen nicht. Denn schon jetzt gilt ein Freibetrag von 1 Million Franken für Neugründungen und Kapitalerhöhungen. **Schaden für die Allgemeinheit: mindestens 250 Millionen Franken pro Jahr.** Das Referendum der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Parteien gegen diesen Stempelsteuer-Beschiss steht.

● **Abschaffung aller Stempelabgaben:** Der Bund kennt drei Arten von Stempelabgaben: neben der Emissionsabgabe (siehe oben) auch die Umsatzabgabe auf Wertpapieren und die Abgabe auf Versicherungsprämien. Auch diese wollen die Rechten abschaffen. **Schaden für die Allgemeinheit: mindestens 2 Milliarden Franken pro Jahr.**

● **Industriezölle:** Ebenfalls weg sollen die Industriezölle. Das hat die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats beschlossen. **Schaden für die Allgemeinheit: mindestens 500 Millionen Franken pro Jahr.**

UND NOCH WEITER GEHT'S

Doch das ist noch längst nicht alles, was die Finanzindustrie, die Konzerne und die Superreichen gern hätte. Das Finanzdepartement von SVP-Bundesrat Ueli Maurer hat willfährig ihren Wunschzettel geschrieben. Der umfasst 16 Punkte – alles Steuergeschenke an Kapitalbesitzende und Vermögende. Der

Schaden für die Allgemeinheit ist noch nicht berechnet.

Auch in den kommenden Monaten und Jahren werden Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien gefordert sein, mit Referenden und Initiativen. Die 99-Prozent-Initiative war nicht das Ende der Gerechtigkeitsdebatte in diesem Land.

Krankenkassen: Prämien-Lichtblick reicht nicht

Zum ersten Mal seit 14 Jahren sinken die Krankenkassen-Prämien: um 0,2 Prozent. Das ist aber nur ein Tröpfchen auf die glühende Herdplatte. Denn die Ausgaben für die Krankenkasse sprengen seit Jahren die Budgets der Gering- und Mittelverdienenden. Weil sie auf dem unsozialen Kopfprämien-System basieren. Das heisst: Die Verkäuferin bezahlt gleich viel wie die Milliarden-Erbin.

INITIATIVE. Für viele Haushalte liegt die Prämienbelastung gemessen am verfügbaren Einkommen unterdessen bei 20 Prozent und mehr. Das ist untragbar. Abhilfe schaffen will die von den Gewerkschaften mitgetragene Entlastungsinitiative der SR. Sie fordert, dass die Prämienbelastung der Haushalte auf maximal 10 Prozent beschränkt wird. (cs)

Ehe für alle: «Ein Sieg für die Liebe!»

Im letzten work haben Gewerkschafter Andrea Pace (54) und sein Partner Peter (57) dazu aufgerufen, für die «Ehe für alle» ein Ja in die Urne zu legen (**rebrand.ly/ehefueralle**). Jetzt können die beiden feiern. Und wie! Denn letztlich war die Zustimmung an der Urne überwältigend: 64 Prozent setzten ein Ja-Kreuzchen – und damit ein klares Zeichen: Auch in der Schweiz sollen homosexuelle Paare endlich heiraten können. Und damit die gleichen Rechte haben wie Heteros.

PROST! «Darauf trinken wir ein Glas!» sagt Peter, als work das Paar am Abstimmungssonntag am Telefon erreicht. Für einmal hätten die besseren Argumente gewonnen. Auch wenn die Schweiz dazu wesentlich mehr Zeit brauchte als andere Länder. Schliesslich hat Holland die «Ehe für alle» schon vor 20 Jahren eingeführt. Doch nach dem langen Warten und Ringen gibt's jetzt endlich ein Happy End. Andrea sagt: «Dieser Tag fühlt sich eindeutig nach einem Sieg an», und Peter ergänzt: «Ein Sieg für die Liebe!» (pdi)



EIN GLÄSCHEN IN EHREN: Andrea (links) und Peter stossen auf die erfolgreiche Abstimmung über die Ehe für alle an. FOTO: NICOLAS ZONVI



KONTROLLE: Die paritätischen Kommissionen überwachen die Einhaltung der GAV. FOTO: KEYSTONE

Obwohl Medien und rechte Ideologen es behaupten:

GAV sind keine «Geldmaschinen»

Gesamtarbeitsverträge sind eine Kernaufgabe der Gewerkschaften. Und nützen auch den Arbeitgebern. Ohne Kontrollen wären die GAV Papiertiger.

CLEMENS STUDER

Bürgerliche Medien und einige Wirtschaftsverbände behaupten immer mal wieder, die Gesamtarbeitsverträge (GAV) seien eine gewerkschaftliche Geldmaschine. Das ist falsch. Die Aushandlung und der Vollzug der GAV ist eine Kernaufgabe der Gewerkschaften, die sie sich etwas kosten lassen. Die Unia zum Beispiel gibt für den Vollzug, also die Umsetzung der GAV, deutlich mehr aus, als sie für ihren Aufwand entschädigt wird.

KONTROLLEN NÖTIG

Die Arbeitsbedingungen von rund 50 Prozent der Arbeitnehmenden in der Schweiz sind in allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) festgelegt. Die meisten GAV gibt es im Bauhaupt- und Baunebengewerbe. Wenn die Vertragsparteien in GAV Löhne, Arbeitszeiten und Ferien verbindlich festlegen, dann sind sie auch dafür verantwortlich, dass diese Mindestarbeitsbedingungen eingehalten werden. Es sind

nicht staatliche Instanzen, die hier kontrollieren, sondern sogenannte paritätische Kommissionen, in denen Arbeitnehmenden- und Arbeitgebervertreterinnen und -vertreter gemeinsam die Einhaltung des jeweiligen Vertrages überwachen. Die paritätischen Kommissionen setzen also die GAV in der Praxis um. Meist sind sie als Vereine organisiert. Und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) prüft ihre Rechnungen. Diese können übrigens von Interessierten beim Seco, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, bestellt werden.

ALLE PROFITIEREN

Von den Erfolgen der GAV-Verhandlungen profitieren auch Lohnabhängige, die nicht in einer Gewerkschaft organisiert sind. Deshalb leisten auch sie einen Beitrag an die Vollzugs- und Weiterbildungskosten. Diese ermöglichen zum Beispiel, die Einhaltung der GAV-Bestimmungen zu überprüfen und die Weiterbildungsangebote zu sichern.

Denn bei den GAV-Regeln ist es so wie bei allen Regeln: sie wirken nur, wenn ihre Einhaltung auch kontrolliert wird. Die grosse Mehrheit der Arbeitgebenden hält sich zwar an die mit den Gewerkschaften vereinbarten Regeln. Doch es gibt eben auch immer «Schlaumeier», die meinen, was für die anderen gelte, gelte für sie nicht. Und versuchen zum Beispiel, mit Dumpinglöhnen ihre Kosten zu drücken

und so regelkonform geschäftende Mitbewerber auszustechen.

Wen wundert's, dass darum auch die korrekten Arbeitgeber sehr an den GAV-Kontrollen interessiert sind. Und ihre Verbände werden für ihren Aufwand genauso entschädigt wie die Gewerkschaft. Oft sogar besser.

UNWISSEND ODER BÖSWILLIG?

Wer also von «gemästeten Gewerkschaften dank GAV» schreibt oder redet, ist entweder unwissend oder böswillig. Denn weniger paritätische Kontrollen bedeuten mehr Lohnbeschiss, mehr Lohndumping und mehr Möglichkeiten für Patrons mit krimineller Ader. Ist eine derartige Entwicklung das, was diese Gewerkschaftskritiker gerne hätten? Dies wäre immerhin

Die Unia gibt für den Vollzug mehr aus, als sie dafür bekommt.

eine Erklärung dafür, warum einige Medien einen gerichtlichen Erfolg der Unia vor dem Bundesgericht zum Anlass nehmen, die Vermögensverhältnisse der Unia zu skandalisieren. Denn das ist ganz im Interesse der Wirtschaftsverbände und rechten Parteien, denen mittellose und darum schwache Gewerkschaften natürlich lieber wären.

Strafuntersuchung eingestellt, work entlastet Schlappe für Reinigungsfirma AAAB

work hat sich nicht wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung strafbar gemacht. Das eröffnet die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern.

MARIE-JOSÉE KUHN

Der Artikel über die Geschäftspraktiken der Hotel-Reinigungsfirma AAAB war schon gedruckt. Und auch schon online gestellt. Da erreichte work eine superprovisorische Verfügung des Handelsgerichts Zürich, die dessen Publikation «vorsorglich» verbot. AAAB hatte diese Verfügung erwirkt, weil sie argwöhnte, der Artikel könne «persönlichkeitsverletzend» sein.

DIE TECHNIK

work hätte sich dieser amtlichen Verfügung sicher nicht widersetzt, hätte die Redaktion davon gewusst. Doch das tat sie bei Redaktionsschluss am 2. Dezember 2020 nicht. Das Handelsgericht Zürich hatte die Verfügung zwar gleichentags abends per Fax verschickt. Allerdings an eine Fax-Nummer, die von der Redaktion schon ewig nicht mehr bewirtschaftet

wird. Wer verschickt denn heute noch Faxe? work hat deshalb auch schon lange kein Faxgerät mehr.

DIE BELEHRUNG

So kam es denn, dass Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn erst am 4. Dezember von der gerichtlichen Verfügung erfuhr – und zwar durch work-Anwältin Regula Bähler. work reagierte sofort und liess den Artikel erst einschwärzen, später nahm sie ihn ganz vom Netz. Und liess ihn auch von den Suchmaschinen und sozialen Medien löschen. Das beschäftigte die AAAB aber in keiner Weise. Im Gegenteil: Sie reichte am 16. Dezember eine Strafanzeige wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung ein. Und behauptete, work habe sich mit der Publikation des AAAB-Artikels wider besseres Wissen strafbar ge-

macht. Der Zeitung drohte eine Busse von 10 000 Franken im «Widerhandlungsfall». Es folgten polizeiliche Einvernahmen und jetzt schliesslich der Entscheid, der work entlastet. Und das Handelsgericht Zürich belehrt, wie es die superprovisorische Verfügung korrekt hätte zustellen sollen.

Punkt 1: «Das Gericht kann Zustellungen nur auf dem elektronischen Weg zustellen, wenn die Adressaten dieser Kommunikationsform vorgängig zugestimmt haben.»

Punkt 2: «Überdies kann die elektronische Einreichung nur über eine anerkannte sichere Zustellplattform erfolgen (z.B. Incamail der Schweizer Post).»

Punkt 3: «Gerichtliche Dokumente gelten grundsätzlich als zugestellt, wenn sie von der Adressatin oder dem Adressaten von der Zustellplattform heruntergeladen worden sind.

Verfügt die Person hingegen nicht über ein eigenes Postfach bei der Zustellplattform, so muss das Gericht entweder das entsprechende Dokument selbst oder eine Einladung zum Herunterladen der Daten auf postalischem Weg zustellen.»

Dies alles sei aber so den Akten nicht zu entnehmen. Hingegen habe das Handelsgericht die Verfügung korrekt über Incamail an die Rechtsvertreterin von work geschickt. Sie sei am «4. 12. um 14 h 31» dort eingegangen. Zu diesem Zeitpunkt war die Berichterstattung aber schon erfolgt. Somit

«Die elektronische Einreichung kann nur über eine anerkannte Zustellplattform erfolgen.»

sei der Tatbestand des Ungehorsams nicht erfüllt. Die Strafuntersuchung wird deshalb eingestellt. Die entsprechende Verfügung liegt im Entwurf vor. AAAB kann dagegen vorgehen.

Doch: Wenn das keine Schlappe für die klagefreudige AAAB ist!



la suisse existe
Jean Ziegler

IN MEMORIAM ABD AL-AZIZ BOUTEFLIKA

Der Wind jagte die Regenwolken vom nahen Meer herüber. Auf dem «Friedhof der Märtyrer» wurde der mit Blumen bedeckte Sarg des Abd al-Aziz Bouteflika in die Erde gesenkt. Der ehemalige Präsident der Republik Algerien, Kommandant der Südfront im Befreiungskrieg (1954–1962), Vorkämpfer der blockfreien Bewegung und Doktorand der Universität Genf, ist am Freitag, dem 17. September, 84jährig im nahen Zéralda, einem Vorort von Algier, verstorben.

Bouteflika blieb der Schweiz zutiefst dankbar.

JUNGER MANN IM ABGEWETZTEN MANTEL. Meine Gedanken gehen zurück zu einem kalten Tag im November 1979. Als junger Assistenzprofessor an der Universität Genf lag mein Büro an der Rue St-Ours. Ein junger Mann, klein gewachsen, mit lebhaften schwarzen Augen, frierend in einem abgewetzten blauen Mantel, stand im Gang: Abd al-Aziz Bouteflika. Ich war ihm nie zuvor begegnet. Er sagte: «Ich habe ihr Buch zur Soziologie des neuen Afrika gelesen. Ich möchte bei Ihnen eine Doktorarbeit schreiben.»

Ein Jahr zuvor war der algerische Staatspräsident Houari Boumedienne auf dem Operationstisch einer sowjetischen Klinik unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen. Während 14 Jahren arbeitete Bouteflika als dessen Aussenminister. Er galt als sein natürlicher Erbe. Doch die algerischen Generäle machten den farblosen, inkompetenten Chadli Bendjedid zum Staatschef. Bouteflika ging ins Exil. Während zweier Jahre – dreimal die Woche – arbeitete ich mit Bouteflika an seiner Dissertation. Beendet wurde sie nicht. Bouteflikas Ersparnisse waren aufgebraucht, die Universität verweigerte ihm ein Stipendium. Er zog nach Dubai. Ein fürchterlicher Bürgerkrieg, geführt von der terroristischen Islamischen Heilsfront (FIS), verwüstete ein Jahrzehnt lang Algerien. Schliesslich holten die Generäle 1999 Bouteflika zurück.

In seinen zwanzig Jahren als Präsident vollbrachte er Eindrückliches: Waffenstillstand und das Wiederversöhnungsgesetz; die Schaffung eines effizienten Systems der sozialen Sicherheit; Aufstieg Algeriens zur dominierenden Macht in Nord- und Schwarzafrika.

MIT SCHWEIZER HILFE. Für die meisten Leserinnen und Leser dieser Kolumne ist der algerische Befreiungskrieg frühe Steinzeit. Umso wichtiger ist es, daran zu erinnern, welch bedeutende Rolle die Schweiz damals gespielt hat. Von der Bundespolizei toleriert, waren Genf und Lausanne Stützpunkte und Rückzugsgebiet der politischen Führung der Nationalen Befreiungsfront (FLN). Zwei Millionen algerische Fremdarbeiter in Frankreich zahlten eine revolutionäre Kriegssteuer. Geheime Kuriere, auch Schweizer, brachten monatlich das Geld nach Genf und von dort nach Tunis. Schweizer Gewerkschafter und Diplomaten wirkten als diskrete Verbindungsleute zwischen den Aufständischen und der französischen Kolonialmacht. Als im März 1962 endlich General de Gaulle Verhandlungen im französischen Evian am Genfersee akzeptierte, beherbergte die Schweiz die algerische Delegation in einem Hotel auf dem Waadtländer Signal de Bougy. Algerien wurde im Juni 1962 unabhängig. Bouteflika, der blitzgescheite, todesmutige, warmherzige Revolutionär, blieb der Schweiz zutiefst dankbar.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Internationaler Vergleich
Schweiz im
Rückstand bei
Impfungen

In den Nachbarländern der Schweiz sind mehr Menschen geimpft als hier, dennoch gelten härtere Massnahmen. Anders in Dänemark: Dort sind 75 Prozent der Bevölkerung geimpft, und das Land erfreut sich einer fast vollständigen Lockerung. In der Schweiz könnte dies ab einer Impfquote von 80 Prozent der Fall sein. Noch sind aber nur 58 Prozent doppelt geimpft.



VORBILDLICH: In Portugal sind 85 Prozent der Bevölkerung gegen Corona geimpft. FOTO: KEYSTONE

ANTEIL GEIMPFTE IN PROZENT (STAND 29.9.21)	
Portugal	85%
Vereinigte Arabische Emirate	82%
Malta	82%
Island	80%
Spanien	78%
Singapur	77%
Dänemark	75%
Uruguay	74%
Irland	74%
Chile	73%
Seychellen	72%
Belgien	72%
San Marino	72%
Kanada	71%
Italien	68%
Norwegen	66%
Vereinigtes Königreich	66%
Frankreich	65%
Kambodscha	65%
Israel	64%
Bahrain	64%
Schweden	64%
Mongolei	64%
Niederlande	64%
Deutschland	64%
Bhutan	63%
Malediven	62%
Zypern	62%
Mauritius	62%
Finnland	61%
Malaysia	61%
Litauen	60%
Österreich	60%
Liechtenstein	60%
Monaco	59%
Japan	59%
Griechenland	59%
Schweiz	58%
Andorra	56%
USA	55%
Sri Lanka	54%
Saudiarabien	53%
Türkei	52%
Panama	51%

QUELLE: SRF/CH - OWID

Die wenigsten Ungeimpften sind Impfverweigernde
Impfen? Wer warum (noch)
nicht – und wer wohl nie

ILLUSTRATION: SERGEY ELKIN



Die Schweiz gehört beim
Impfen zu den Schluss-
lichtern Europas. Doch
wer sind eigentlich die
Nicht- und Noch-Nicht-
geimpften?

CLEMENS STUDER
Die überwiegende Mehrzahl der Epidemiologinnen und Epidemiologen sind sich einig: Bis in wenigen Monaten werden alle Menschen entweder mit Corona angesteckt sein oder geimpft. Und: Je höher die Impfquote, desto geringer die Belastung des Gesundheitswesens. Plus: Je schneller 80 Prozent der Bevölkerung eines Landes geimpft oder genesen sind, desto schneller können die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Schweiz hat immer noch eine unterdurchschnittliche Impfquote von 58 Prozent. Die (Noch-)Nichtgeimpften bestehen grob gesagt aus folgenden unterschiedlich grossen Gruppen:

1. Die Impfverweigerinnen und -verweigerer

Es gibt Leute, die sich und ihre Kinder grundsätzlich nicht impfen lassen. Meist aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen. Ihr Anteil an der Bevölkerung

Die Gruppe der Verwirrten ist nicht relevant für die angestrebte Covid-Impfquote von 80 Prozent.

lässt sich am besten und näherungsmässig bei der Quote für die Masernimpfung ablesen: hier sind seit Jahren rund 92 Prozent der gesamten Bevölkerung geimpft. Für die Covid-Impfung heisst das: Der prozentuale Anteil dieser Impfverweigerinnen und -verweigerer an den Nicht- oder Noch-Nichtgeimpften steigt, je grösser die Impfquote in der Restbevölkerung steigt. Absolut aber bleibt er gleich. Und ist auch nicht ausschlaggebend für die angestrebte Covid-Impfquote von 80 Prozent, die eine Aufhebung der Pandemiebekämpfungsmassnahmen möglich machen würde.

2. Die (Noch-)Nicht-impfbaren

Eine ganz kleine Anzahl von Menschen kann sich aus medizinischen Gründen

mit den bisher in der Schweiz zugelassenen Impfstoffen nicht immunisieren lassen. Für sie ist in vielen Fällen ein auf klassischem Weg funktionierender Impfstoff eine Möglichkeit, die nächsten zur Verfügung steht (Impfstoff von Johnson & Johnson). Dazu kommen aktuell Kinder unter 12 Jahren, für die noch keine Impfempfehlung gilt. Und Schwangere im ersten Schwangerschaftsdrittel. Auch diese Gruppe ist nicht ausschlaggebend für die angestrebte Covid-Impfquote von 80 Prozent.

3. Die Verunsicherten, die Vergesslichen und die Verhinderten

Die grösste Gruppe der (Noch-)Nichtgeimpften ist sehr heterogen zusammengesetzt.

● **Die Verunsicherten und Skeptischen:** Sie fühlen sich zu wenig informiert. Oft gehören sie zu jenen Eltern, die ihre Kinder nicht gegen alle Krankheiten impfen lassen. Und viele wissen nicht, ob den Aussagen der Pharmaindustrie und den Behörden jetzt in Sachen Covid-Impfstoffen zu trauen ist. Sie sind die wahren Impfskeptikerinnen und -skeptiker. Und sie werden weniger, weil Bund und Kantone an Kommunikation zugelegt haben. Und weil die Nebenwirkungen der Impfungen unterdessen auch über einen längeren Zeitpunkt beobachtet werden können. Viele in dieser Gruppe sagen, sie misstrauten speziell den mRNA-Impfstoffen von Pfizer/Biontec oder Moderna. Für sie werden bald auf klassischem Weg hergestellte Impfstoffe bereitstehen. Mal sehen, wie sich das auf die Impfquote auswirkt.

● **Die Vergesslichen:** Sie haben nicht grundsätzlich etwas gegen die Impfung. Aber sie scheint oder schien ihnen bisher nicht dringlich. Gerade jüngere und fitte Menschen wollten sich nicht zu den Vulnerablen, den Verletzlichen, zählen. Schliesslich galt Corona in den ersten Wellen als Virus, das Vorerkrankte, Ältere und Alte traf. Das hat sich dramatisch geändert – auch dank der Impfung. Noch dramatischer geändert hat sich der Altersdurchschnitt derjenigen, die wegen einer Covid-Ansteckung in die Spitäler eingewiesen werden müssen. Die breiten Impfkampagnen, die Zertifikatspflicht in vielen Bereichen und die niederschweligen Impfangebote machen das Vergessen der Impfung schwieriger.

● **Die Verhinderten:** Zu ihnen gehören vor allem Menschen, die in Berufen arbeiten,

die es ihnen bisher unmöglich machten, sich im Laufe des Tages immer wieder um einen Impftermin zu bemühen. Das war insbesondere beim Start der Impfungen aber quasi Bedingung, um an einen Termin zu kommen. Zu den Verhinderten und Gehinderten gehören aber auch Tausende, die nicht in ihrer Sprache informiert wurden oder werden. Und dazu gehören auch jene, die unter prekären Arbeitsbedingungen leben und sich davor fürchten, nach einer Impfung für zwei Tage auszufallen und entsprechend noch weniger Geld zu verdienen. Nicht hilfreich waren auch jene Arbeitgeber, die Impftermine von der Arbeitszeit abzogen – oder abziehen. Doch auch hier gibt es unterdessen etliche Verbesserungen.

Diese Gruppe ist zentral für die angestrebte Covid-Impfquote von 80 Prozent.

4. Die Verwirrten und die Verwirrer

Das ist die lauteste Gruppe und wohl die kleinste. Es sind im wesentlichen immer die selben Leute, die quer durch die (Deutsch-)Schweiz an bewilligten und unbewilligten Demos rumpöbeln. Die Andersdenkende und Passantinnen beschimpfen und tätlich angreifen. Die das Bundeshaus stürmen möchten. Und die in ihren Chats Gewaltphantasien bis zu Mord verbreiten, gegen Politikerinnen und Ärzte, gegen Wissenschaftler und Beamtinnen. Diese unappetitliche Mischung von SVP-Wählenden, Neonazis, Aluhüten und sonstigen Verschwörungsmystikern und «Freiheitsstryclern» hat eine grosse mediale Lobby. Die gleichen Redaktionen, die 15 000 Menschen an der nationalen Rentendemo der Gewerkschaften vom 18. September faktisch ignorierten, streamen quasi jeden Auftritt der «Covidioten». Und adeln sie als «Impfskeptiker».

Geimpfte SVP-Politikerinnen und -Politiker höhelen den Pöblern, und SVP-Bundesrat Ueli Maurer posiert im «Trychler-Shirt» – es könnten ja Wählerinnen und Wähler sein. Ausser es trifft ein, was an den Anti-Impf-Demos die Runde macht: Mindestens die Hälfte der Geimpften würden noch im September tot umfallen. Das wäre ein bisschen blöd. Denn sie könnten dann von den Ungeimpften auch nicht mehr gewählt werden. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe (29. September, 22 Uhr) blieb das Massensterben aus. work bleibt aber dran.

Diese Gruppe ist nicht relevant für die angestrebte Covid-Impfquote von 80 Prozent. Sie vergiftet aber das gesellschaftliche Klima.

Wenn die Leute nicht zum Impfen kommen...

... kommt das Impftram halt zu den Leuten!

In Zürich gibt's die Corona-Impfung jetzt in einem umgebauten Tram. work ist mitgefahren.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MARA TRUOG

Hassan Mehadli sagt, er habe lange gezögert. «Fast meine ganze Familie hat Herzprobleme, ich auch», sagt der 54jährige Transportunternehmer. Deshalb hatte er, das müsse er zugeben, «am An-



«Heute bin ich aufgewacht und habe mir gesagt: Okay, ich mach's.»

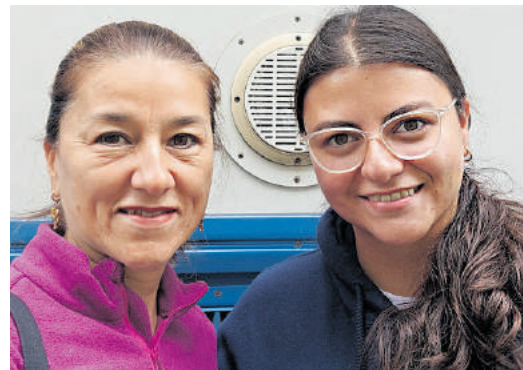
HASSAN MEHADLI (54),
UNTERNEHMER

fang es bitzli Angst». Trotzdem schiebt er jetzt den rechten Ärmel seines T-Shirts hoch und bekommt die erste Corona-Impfung.

Es ist morgens kurz nach neun. Das Impftram kommt heute erstmals ins Zürcher Multikulti-Quartier Seebach. Das umgebaute Fahrzeug der städtischen Verkehrsbetriebe VBZ fährt von Montag bis Samstag jeweils zu einer Haltestelle, bleibt ein paar Stunden und steuert dann einen zweiten Stop an (Fahrplan: zh.ch/impftram). Ganz nach dem Motto: Wenn die Leute nicht zum Impfen kommen, kommt das Impftram halt zu den Leuten. Im Schnitt erreiche man so pro Tag etwa hundert Personen, so die VBZ.

INTELLIGENT GEMACHT

Unterdessen sitzt Unternehmer Mehadli im Tram-Anhänger. Das ist der Wartebereich. 15 Minuten sollen die frisch Geimpften dortbleiben für den Fall einer allergischen Reaktion. Sein erwachsener Sohn sage ihm schon seit drei Monaten, er solle sich endlich impfen lassen, erzählt er: «Ich wusste, dass das Impftram kommt. Heute bin ich aufgewacht und habe mir gesagt: Okay, ich mach's.» Auch die Corona-Politik des Bundesrates habe ihn beeinflusst: «Ohne Druck, aber man braucht ein Zertifikat fürs Fitness oder um einen Kafi zu trinken. Das ist intelligent gemacht.»



MYRIAM PULIDO LOPEZ MIT TOCHTER ANAMARIA CORDOBA PULIDO: «Endlich hat's geklappt!»

Die sechs Impfkabinen im vorderen Teil des Trams sind jetzt voll ausgelastet. Eine Klasse des zehnten Schuljahres aus dem Quartier bekommt den Piks. Die Lehrerin Kristina Kekic freut sich: Von 14 Schülerinnen und Schülern wollten 9 die Impfung machen. Jetzt müsse sie noch den zweiten Impftermin organisieren, sagt die 42jährige. Sie kennt ihre Pappenheimer: «Wenn ich nicht mit ihnen hingeh, würde es ein Teil vergessen.» Im Tram bekommen alle Erst-Geimpften eine Liste mit Spitälern und Apotheken für die zweite Impfung. Bis mindestens Ende Oktober ist auch

das Impftram noch im Einsatz.

Zweiter Stop: Tramdepot Irchel, gegenüber der Universität. Vor dem Tram sind schon Security-Mann Patrick Nussbaum (41) und seine Kollegin mit ihrem Transporter da. Als erstes richten sie die Kaffeemaschine ein. Nussbaum sagt: «Lebensnotwendig ist die!» Er lacht. Weniger lustig sind die Zwischenfälle, wegen deren die zwei Sicherheitsleute hier sind. VBZ-Mann Heinz Illi, Initiator des Impftrams, erzählt: «Kürzlich kam ein Ehepaar und fotografierte uns alle. Als wir sie ansprachen, sagten sie, sie machten eine Dokumentation für ihre Kinder, über Leute, denen sie nicht trauen dürften.» Ein- bis zweimal am Tag gebe es Störungen durch militante Impfgegnerinnen und Impfgegner. Es gab sogar Morddrohungen und einmal einen tätlichen Angriff. Aber auch Verschwörungstheoretisches passiere, sagt Illi: «Einer warnte uns: Am Tag X drücken die Chinesen den Knopf – und dann fällt ihr alle tot um.»

SEHR NETTE LEUTE

Auch Neriman Akkus tat sich schwer mit dem Impfscheid: «Eine Seite von mir sagt: Du hast jetzt gerade eine Dummheit gemacht, niemand



NERIMAN AKKUS: «Ich musste es machen.»

weiss genau, was in dem Impfstoff drin ist. Aber ich musste mich impfen lassen.» Sonst könne sie ja nirgends mehr ins Restaurant, sagt die 62jährige. Und wenn ihrer kranken Mutter in der Türkei etwas passiere, müsste sie sonst immer aufs Testresultat warten, bis sie reisen könne.

Ganz anders ist die Gefühlslage des 64jährigen Mannes, der kurz darauf aus dem Impf-

DIE UMARMUNG

Ebenso begeistert sind die zwei Frauen, die sich ganz hinten im Tram umarmen. Anamaria Cordoba, die eine, sagt: «Endlich hat es geklappt mit dem Impfen für meine Mutter.» Seit ihr Mann in Kolumbien an Corona gestorben ist, lebt die Mutter bei der Tochter in der Schweiz. Drei Monate lang habe sie es jetzt versucht, sagt die 24jährige Jusstudentin. Aber überall gab's eine Absage. Weil die Mutter keine Krankenkasse hat. «Heute waren wir einkaufen bei Aldi und haben das Impftram gesehen. Da haben wir gesagt: Probieren wir's ein letztes Mal.» Und siehe da: Das Tram-Team fand heraus, dass die Reiseversicherung der Mutter für die Impfung aufkommt. Anamaria Cordoba strahlt und sagt: «Heute ist unser Glückstag!»

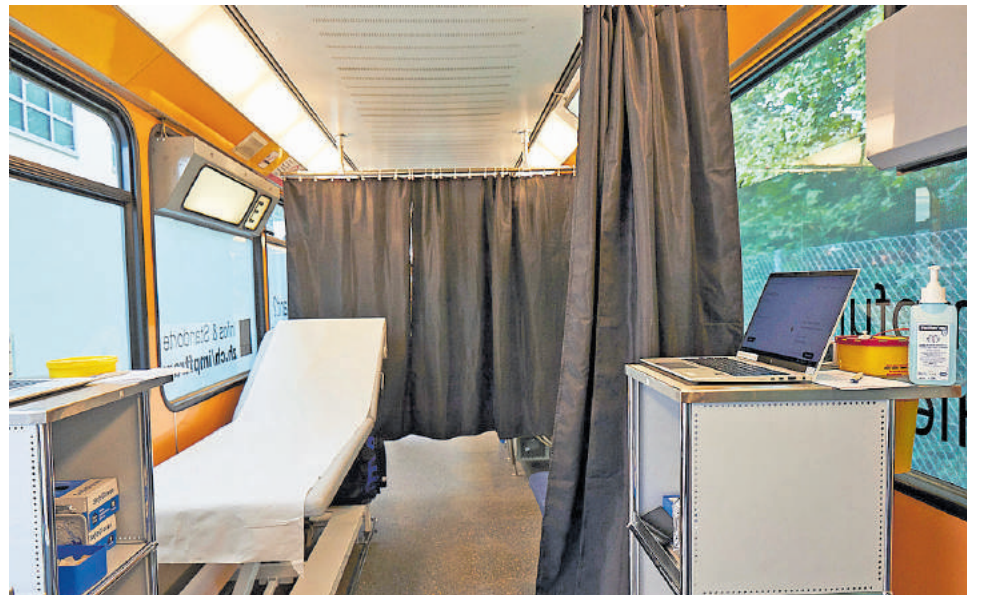
Erleichtert ist auch die 92jährige Irma Janata. «Ich bin dann im Fall keine Querschlägerin», beeilt sie sich zu sagen, noch bevor work eine Frage stellen kann. Und erklärt, warum sie sich erst jetzt impfen lässt. Dass sie einen Schlaganfall erlitten hat, lange im Spital war und die Ärztin ihr von der Impfung vorerst abgeraten hat. «Ein wenig geschämt» habe sie sich schon, dass sie, in ihrem Alter, noch nicht geimpft sei. Aber jetzt geht sie zufrieden nach Hause.



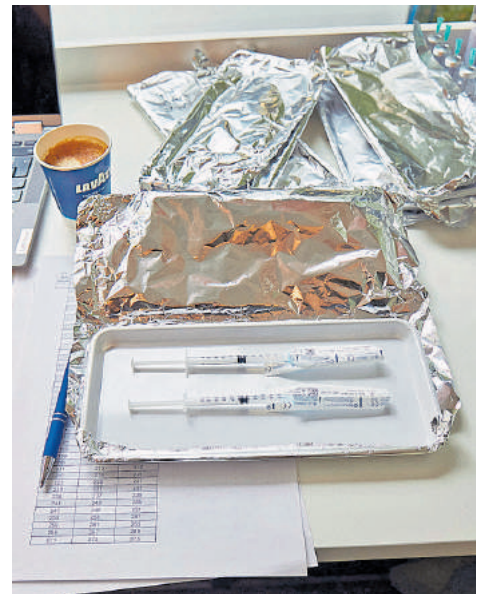
IRMA JANATA: «Ich bin keine Querschlägerin!»



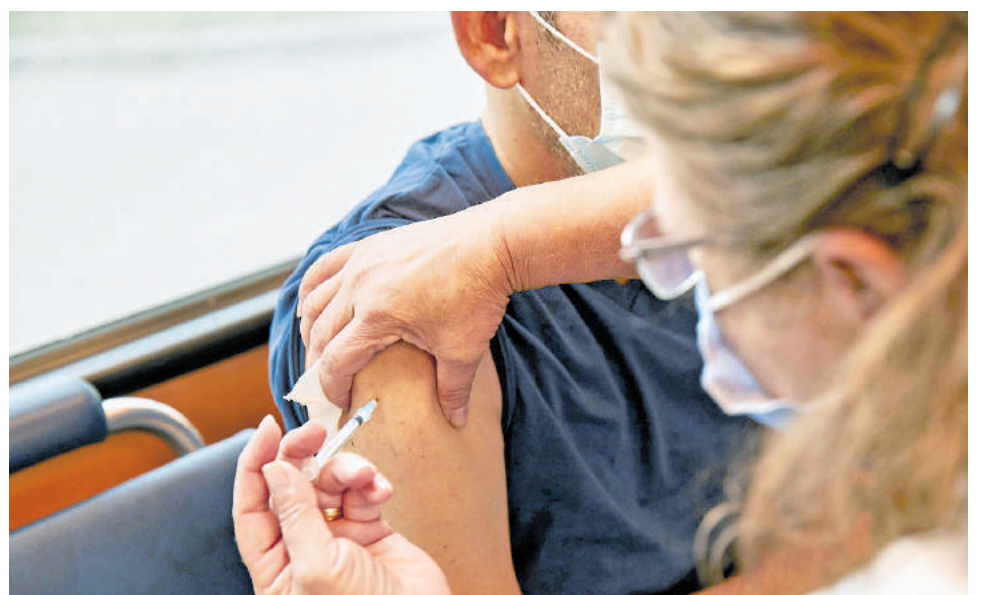
ICH BIN AUCH EIN IMPFZENTRUM: Impftram im Wohnquartier Seebach.



ALLES DA: Ein Tram und gleich sechs Impfkabinen.



GENAUE BUCHFÜHRUNG: Immer nach zwei Impfdosen gibt's Nachschub.



ANGST ÜBERWUNDEN: Unternehmer Hassan Mehadli bekommt die Spritze.



GANZ SCHÖN IN FAHRT: Insgesamt acht Pflegefachfrauen schmeissen den Laden.



STOLZE VERGANGENHEIT: Männer vor den weltberühmten Buddha-Statuen in Bamiyan, 1939. Die Statuen wurden 2001 von den Taliban zerstört. FOTO: ANNEMARIE SCHWARZENBACH

Was so nicht in unseren Schulbüchern steht Der Friedhof der Imperien

Nach 40 Jahren Besatzung und Bürgerkrieg hat jetzt Afghanistan eine Chance auf Selbstbestimmung. Nur vielleicht.

OLIVER FAHRNI

An Afghanistan haben sich vor den US-Amerikanern schon Griechen, Mongolen, Inder, Türken, Russen und Briten die Zähne ausgebissen. Das Land am Hindu-kusch-Gebirge war eine zentrale Passage der alten Seidenstrasse. Und Mittelpunkt glänzender Zivilisationen und mehrerer Grossreiche (darunter eines buddhistischen), die von Nordindien bis an den Persischen Golf reichten. Als einziges asiatisches Land neben Japan widerstand Afghanistan der westlichen Kolonialisierung.

Im 19. Jahrhundert wollten die Briten es zum Pufferstaat gegen das zaristische Russland in Zentralasien («Great Game») machen. Die Afghanen schlugen sie in drei Kriegen vernichtend. Verloren aber den Süden des Landes. Die Briten fügten ihn jenem Teil «Britisch Indiens» zu, der seit 1947 Pakistan bildet. Durch diese Grenze, die der Kolonial-

beamte Mortimer Durand 1893 auf einem Fresszettel zeichnete, wurde Afghanistans Mehrheitsbevölkerung, die Paschtunen, geteilt. Seither liegt Afghanistan ohne Zugang zum Arabischen Meer eingeklemmt zwischen Pakistan, Tadschikistan, Iran, Turkmenistan, Usbekistan und China (siehe Karte). Fast zwei Drittel der Bevölkerung (37 Millionen) sind jünger als 25. Sie sind unter US-Besatzung aufgewachsen. Das prägt ein Weltbild.

Jüngere Afghaninnen und Afghanen wissen kaum noch, dass ihr Land eine Monarchie war, geprägt von starken revolutionären Bewegungen. 1973 fiel die Monarchie. Treibende Kraft in der neuen Republik war die Demokratische Volkspartei (Kommunisten). Doch Präsident Daoud Khan liess Tausende Linke verhaften. 1978 kippte die Volkspartei den Präsidenten. Ihre Landreform entriess der Aristokratie den Feudalbesitz. Das «Dekret Nr. 7» stellte die Frauen gleich. Nun füllten die Anhänger der Oberschicht die Gefängnisse. Eine schnelle Säkularisierung sollte die alte Ordnung brechen. Monarchisten und Religiöse wurden verfolgt. Aber die Revolution scheiterte an einem anderen Umstand: es war Kalter Krieg.

DAS «VIETNAM DER SOWJETUNION»

Als rund 30 Widerstandsgruppen den Kampf gegen das Regime aufnahmen und Teile der Armee zu ihnen überliefen, signierte US-Präsident Jimmy Carter den Marschbefehl für die CIA. Im Bündnis mit dem pakistanischen Geheimdienst befürwortete die USA von nun an den Bürgerkrieg. Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski hoffte, die Rote Armee nach Afghanistan zu locken, um «den Sowjets ihr Vietnam», eine vernichtende Niederlage,

zu beschern. Die Sowjets kamen, nach langem Zögern, an Weihnachten 1979. Wieder einmal machte Afghanistan Weltgeschichte: Was dort geschah, beschleunigte nicht nur den Zerfall der Sowjetunion. Es war das Vorspiel zum Anschlag des 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon und wirkt bis heute nach.

Die regimiekritischen Gruppen, viele davon Islamisten, «Mudschaheddin» genannt, intensivierten den Krieg. Afghanische Flüchtlingscamps in Pakistan waren ihre Basis. Aus der ganzen muslimischen Welt kamen Tausende von Freiwilligen



AFGHANISTAN: Drei Viertel des Landes sind Gebirgsregionen. FOTO: 123RF

zum Kampf gegen die Besatzer. Die Amerikaner bauten die Islamisten mit Hilfe der Saudis auf und rüsteten sie mit riesigen Mengen modernsten Kriegsgerätes aus, und vielen Dollars. Einer der gefeierten US-Helden jener Zeit war ein jemenitischer Saudi namens Usama bin Ladin.

SCHUTT UND ASCHES

1989 zogen die zermürbten sowjetischen Truppen ab. Der nächste Bürgerkrieg begann. Kriegsfürsten wie Gulbuddin Hekmatyar, Raschid Dostom und Ahmad Schah Massoud rangen um die Macht – und um die ausländischen Res-

1996 richteten die USA Glückwünsche an die Taliban aus.

sourcen. Indien setzte auf Massoud, Pakistan und die Saudis auf Hekmatyar. Die USA wechselweise auf beide. Gemeinsam legten sie das Land endgültig in Schutt und Asche. Bis 1996 die Taliban das Schlachten beinahe kampfflos beendeten. Washington richtete Glückwünsche aus. Die «Studenten der Religion» waren kaum zwei Jahre zuvor in Kandahar zum ersten Mal in Erscheinung getreten.

Wenig später war alles wieder anders. Nach dem Anschlag am 11. September 2001, den bin Ladins al-Kaida für sich reklamierte, stellten die USA ihre geplante Invasion Iraks vorerst zurück. Sie reaktivierten die alten afghanischen Kriegsfürsten, vertrieben die Taliban und setzten einen CIA-Mann als Präsidenten ein: Hamid Karzai.

Schnee von gestern. Heute, vier Jahrzehnte nach der russischen und zwei Jahrzehnte nach der amerikanischen Besetzung, stehen die Zeiger von Afghanistans Geschichte erneut auf null.

US-Desaster in Afghanistan: Sogar Ex-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld stöhnte: «Ich weiss nicht, wer hier die Bösen sind»

20 Jahre lang hielt der Westen Afghanistan besetzt. Jetzt mussten die Truppen das Land räumen. Zurück bleibt eine humanitäre Katastrophe und eine afghanische Gesellschaft, die sich neu erfinden muss.

OLIVER FAHRNI

Die letzte Drohnen-Rakete, die US-Soldaten vor ihrem Rückzug abfeuerten, tötete in Kabul 7 Kinder und 3 erwachsene Zivilisten in einem weissen Toyota. «Ein Irrtum», sagte US-General Kenneth McKenzie.

Eher ein Symbol. Nicht allein für die Jahrzehnte der Gewalt, die eine US-geführte Koalition des Westens über die Afghaninnen und Afghanen brachte, mit Zehntausenden Toten und noch mehr Verstümmelten. Die Rakete, per Joystick hinter einem Bildschirm losgeschickt, steht symbolisch für den gesamten Afghanistan-Feldzug.

Es war der längste und teuerste Krieg der USA seit 1945. Über die Jahre waren 775 000 Soldatinnen und Soldaten am Hindukusch-Gebirge stationiert. Wozu? Ein amerikanischer Drei-Sterne-General gab 2018 zu Protokoll: «Wir wussten nicht, was wir in diesem Land taten.» Afghanistan war ein blinder Fleck. Wildwest im wilden Osten. Die US-Militärs hiessen denn auch «Geronimo» und «Apache». 2003, zwei Jahre nach dem Einmarsch in Afghanistan, stöhnte Donald Rumsfeld, der kriegstreibende Verteidigungsminister von Präsident George W. Bush: «Ich kann nicht erkennen, wer hier eigentlich die Bösen sind»

Die beiden Aussagen sind in den Protokollen des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans nachzulesen. Mehr als 2000 Seiten dieser «Afghanistan Papers» wurden im Dezember 2019 von der Zeitung «Washington Post» enthüllt.

Es sind erschütternde Dokumente aus dem Innern einer Weltmacht, die nichts von dieser Region versteht, sich aber anmass, sie militärisch neu zu ordnen. Dokumente über kolonialistische Ignoranz, über Feuer, Folter und Korruption. Wie James Dobbins, der Sonderbotschafter Bushs (und Barack Obamas) für Afghanistan formulierte: «Wir fallen nicht in arme

«In Afghanistan sind wir klar gescheitert.»

JAMES DOBBINS, US-SONDERBOTSCHAFTER FÜR AFGHANISTAN

Länder ein, um sie reich zu machen. Wir überfallen keine Diktaturen, um sie zu demokratisieren. Wir besetzen Länder, um eine Gefahr auszuschalten. In Afghanistan sind wir klar gescheitert.»

Nur gescheitert? Das schön die Bilanz dessen, was Präsident Bush 2001 als «unbegrenzten Krieg der Zivilisation gegen den Terrorismus» lanciert hatte. Ein trügerisches Etikett. Tatsächlich ging es um die Kontrolle über das Öl und das Erdgas Zentralasiens. 20 Jahre später und nach dem Einsatz von 2000 Milliarden Dollar hinterlässt der Westen ein ausgeblutetes, tief gespaltenes, bitterarmes Afghanistan, dessen Bevölkerung vor einer Hungerkatastrophe steht. Mindestens 14 Millionen Afghaninnen und Afghanen, so warnt die Uno, werden in den kommenden Wochen nicht wissen, wie sie zu Nahrung kommen.

FLUCHT VOR DER DÜRRE

US-Truppen hatten die Taliban 2001 aus Kabul vertrieben. Am 15. August 2021 waren diese zurück, ohne auf Widerstand zu stossen. Und fanden eine westlich aufgebrezelte 6-Millionen-Metropole vor, mit Internetcafés, Nachtclubs, Theatern, den berühmten Hochzeit-Dancings und gepflegten Rasenflächen der neuen, dünnen Mittelschicht. Eine typische «Expatrierten-Stadt», in der alles auf das Geld und das Wohlergehen der Kolonialverwaltung, der zahllosen «Berater», des Personals der Hilfsorganisationen und der privaten Sicherheitsfirmen ausgerichtet war.

Aber auch eine Stadt mit wachsenden Elendsquartieren. 580 000 Menschen sind vor den letzten Kriegshandlungen geflohen (zu mehr als drei Vierteln Frauen und Kinder). Mehr Menschen noch hat die Dürre vom Land an den Rand der Städte Kabul, Herat, Jalalabad oder Kandahar vertrieben. Afghanistan ist von der Klimakatastrophe besonders stark betroffen.

Dass sich das Land auch jetzt nicht selber helfen kann, dafür sorgt der Westen. Washington und



REIFE BANANEN: Markt in der afghanischen Hauptstadt Kabul. FOTO: GETTY



EXAKTE RECHNER: Geldwechsler tippen in Kabul auf ihren Taschenrechnern. FOTO: GETTY



KLUGE KÖPFCHEN: Mädchenschule in der Stadt Herat. FOTO: GETTY



KRIEGERISCHE KERLE: Taliban posieren mit Gewehren in Kabul. FOTO: GETTY

der Internationale Währungsfonds haben die Guthaben der afghanischen Zentralbank (7 Milliarden Dollar) blockiert. US-Präsident Joe Biden erwägt ein Totalembargo. Deutschland hat alle Hilfsgelder eingefroren (im Unterschied zur Schweiz). Und die afghanischen Kolonialeliten haben sich mit vollen Geldkoffern davongemacht wie Präsident Ashraf Ghani.

Zumindest auf die Taliban aber ist Verlass. Die riefen sofort ein islamisches Emirat aus. Und lieferten mit ihrem bunt-martialischen Aufzug prompt die ideale Projektionsfläche für das westliche Geschwätz von den bärtigen Steinzeit-Barbaren, die nur Rache und die Unterdrückung der Frau im Sinn haben. Und neuen Terrorismus in den Westen tragen wollen. Derlei lenkt von der eigenen Verantwortung ab.

Zwar haben die neuen Herrscher, zumindest in den Städten, bisher keine heftigen Repressionswellen losgetreten. Frauen können weiter studieren, aber räumlich getrennt von Männern. In einem Communiqué schrieben die Taliban: «Frauen sind die ersten Opfer der letzten 40 Jahre. Wir wollen nicht, dass sie Opfer sind. Sie sollen studieren und arbeiten können.»

Mit ihren politischen Gegnern haben die Taliban Gespräche aufgenommen, etwa mit dem früheren Präsidenten von US-Gnaden, Hamid Karzai, oder mit Ahmad Massoud, der bis weit in den September hinein im Pandeschir-Tal gegen die Taliban gekämpft hatte. Eine Amnestie ist versprochen, ebenso die Rückkehr der Mädchen in die Schule und einiges mehr. Die öffentlichen Dienste beginnen schon wieder zu funktionieren. Die Taliban scheinen gut vorbereitet. Italienische Diplomaten beschreiben Taliban-Politikchefs Abdul Ghani Baradar als weltläufig und strategisch klug. Baradar ging mit 11 Jahren in den Untergrund gegen die sowjetische Besatzung (siehe Text links) und ist einer der beiden Gründer der Taliban. Er hat US-Gefan-



SYMPHONIE IN OCKER: Sonnenuntergang über dem Dorf Bamiyan in der Bergregion Hazaristan im zentralen Hochland Afghanistans. FOTO: GETTY

genschaft und Folter durchlitten. Heute gehört er zum innersten Führungszirkel.

JAHRE DES SCHRECKENS

Gegen die Taliban aber spricht die Erfahrung ihrer ersten Herrschaft von 1996 bis 2001. Es waren «Jahre des Schreckens» für Afghanistans Frauen, Intellektuelle, Künstlerinnen und Oppositionelle, erinnert sich Schukria Barakzai, Journalistin, Politikerin und Diplomatin. Die Creuel jener Zeit sind gut dokumentiert, die Taliban lies-

sen keine Brutalität aus, um die Gesellschaft nach ihren puritanischen Vorstellungen zu formen. Ende August floh Barakzai in einer der letzten britischen Militärmaschinen aus Kabul nach London.

Anderer Kämpferinnen für die Gleichstellung sind geblieben, organisieren Demos und Untergrundschulen, betreiben heimlich Frauenberatungsstellen und Blogs.

Pashtana Durrani etwa ist noch da, die junge Präsidentin einer Organisation für Frauenbildung. Durrani gab US-Sendern Interviews ohne Burka. Hat sie keine Angst? «Gewisse Dinge tut man, andere nicht mehr. Aber ich habe Strom. Ich habe Internet. Also spreche ich. Die Frage ist eher: Hört ihr auch zu?»

Viele Afghaninnen halten Bushs Satz von 2001, er habe die Frauen Afghanistans befreit, für schiere Kriegspropaganda. Eine frühere Abgeordnete, die wir hier Soraya nennen, konnte work in Kabul telefonisch erreichen. Sie sagt: «Das Gegenteil ist wahr. Das Bündnis der Amerikaner mit den Kriegs- und Drogenfürsten hat die konservativen Kräfte der Gesellschaft gestärkt. Wir Frauen haben viel Zeit verloren.» Schon vor Jahren war Soraya das Ziel von Mordanschlägen, weil

sie sich öffentlich gegen die US-Besatzer und die Korruption gestellt hatte. Sie sagt: «Ich verstecke mich nicht, aber ich halte mich bedeckt. Wir werden sehen, wie lange wir widerstehen können.» Menschenrechtsorganisationen berichten von ersten Verhaftungen und Tötungen, meist ausserhalb Kabuls.

Etwas wollte sie uns noch auf den Weg mitgeben, sagt Soraya: «Im Westen fragt ihr, warum dieses Regime so schnell zusammengefallen ist. Afghanistan hat 40 Jahre Krieg hinter sich. Wir sind eine komplexe Gesellschaft mit uralter Geschichte, keine Leerstelle wie auf eurer geistigen Landkarte. Besser solltet ihr fragen, wie das alte Regime funktioniert hat.»

Tatsächlich war der Ausgang des Krieges längst klar. Der frühere US-Präsident Donald Trump hat Afghanistan den Taliban bereits im Februar 2020 übergeben, als er mit ihnen in Doha (Katar) einen Deal schloss. Ohne die afghanische Regierung oder die europäischen Alliierten auch nur zu konsultieren. Für die USA gab es hier nichts mehr zu gewinnen.

NATIONALISTISCHE BEWEGUNG

In Kabul kursiert folgende Anekdote: Am Abend des 14. August ging der Polizist Omar nach Hause. Am nächsten Morgen hatte er die Uniform abgestreift, die Kalaschnikow umgehängt und trug die weisse Taliban-Fahne. Die Taliban waren nie wirklich weg. Sie sind Teil der Gesellschaft. Keine Besatzer.

Ursprünglich stammt die Taliban-Bewegung aus Kandahar im Süden des Landes. Sie hatte sich in den Religionsschulen organisiert, unter Einfluss des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Viele Taliban-Kader sind Rechtsgelehrte des Deobandismus, eines fundamentalistischen Zweiges des Islam, der auf dem indischen Subkontinent gewachsen ist. Doch die Taliban sind in der Essenz, wie viele Islamistengruppen in anderen Ländern auch, keine re-

ligiöse, sondern eine politische, nationalistische Bewegung. Dies wird oft missverstanden, weil diese Gruppen ihr Vokabular, ihr politisches Referenzsystem eher in der eigenen Geschichte als beim dominanten Westen suchen. Menschenrechte sind universell. Aber die westliche Form der Demokratie dürfte in den vergangenen 20 Jahren in Afghanistan nicht viele neue Anhängerinnen und Anhänger gefunden haben.

Diese Unterscheidung ist wichtig, will man die Durchschlagskraft der Taliban verstehen. Afghanistan-Kenner Gilles Dorronsoro sagt: «Ein funktionierender Staat und verlässliches Recht sind im (bürger)kriegsgeplagten Vielvölkerland Afghanistan starke Bedürfnisse der Bevölkerung.» Dorronsoro forscht seit 30 Jahren in Afghanistan und leitet das europäische Forschungsprogramm «Bürgerkriege». Eine Weile hat er auch für die Carnegie-Stiftung gearbeitet, also die US-Regierung beraten. Vergeblich.

Sind die einzigen Ressourcen des Landes das fremde Geld und der Drogenhandel, ist Korruption keine individuelle Schwäche mehr, sondern eine Regierungsform.

Das bemisst die immensen Probleme, die eine Taliban-Regierung nun zu lösen hat. Vorerst aber muss sie die humanitäre Katastrophe abwenden. Und die Sicherheitslage in den Griff bekommen: «IS-K», der afghanische Ableger des Islamischen Staates, will die Taliban wegbomben. Nach der Niederlage im Irak und in Syrien braucht er ein neues Territorium. «IS-K» wirft den Taliban unter anderem vor, nicht gegen die Hazara, die schiitische Minderheit in Afghanistan, vorzugehen. Und sich nicht in den globalen Dschihad (heiliger Krieg) einzureihen.

Verschärfen in dieser Lage die USA und Europa den Druck auf die Taliban, könnte sich das Regime in Kabul verhärtet. Sein militärischer Chef, Siradshuddin Haqqani, der Sohn eines früheren CIA-Lieblings und Taliban-Ministers, wartet nur darauf. Er ist kein netter Mensch.

das im Februar 2021 erschien, analysierte er ihre «vorhersehbare Niederlage» als direktes Ergebnis der «transnationalen Regierung», die Washington Afghanistan übergestülpt hat: einen neoliberal verschärften Kolonialismus.

In klassischer Kolonialistenmanier setzten die US-Amerikaner auf lokale Kriegsfürsten (egal, wie brutal die agieren), auf «die Stämme» (eine westliche Fiktion) und auf das Anheizen «ethnischer» Spannungen. So versuchten sie etwa, Tadschiken gegen Paschtunen auszuspielen. Gleichzeitig privatisierten sie den Krieg und den «Wiederaufbau». Private Gewaltunternehmer und Nichtregierungsorganisationen übernahmen. Sie kassierten einen satten Teil der 2000 Milliarden. Gilles Dorronsoro: «Verheerend ist, dass die Amerikaner den Staat, den sie eigentlich aufzubauen vorgaben, systematisch umgingen und ausschalteten.»

Sind die einzigen Ressourcen des Landes das fremde Geld und der Drogenhandel, ist Korruption keine individuelle Schwäche mehr, sondern eine Regierungsform.

Das bemisst die immensen Probleme, die eine Taliban-Regierung nun zu lösen hat. Vorerst aber muss sie die humanitäre Katastrophe abwenden. Und die Sicherheitslage in den Griff bekommen: «IS-K», der afghanische Ableger des Islamischen Staates, will die Taliban wegbomben. Nach der Niederlage im Irak und in Syrien braucht er ein neues Territorium. «IS-K» wirft den Taliban unter anderem vor, nicht gegen die Hazara, die schiitische Minderheit in Afghanistan, vorzugehen. Und sich nicht in den globalen Dschihad (heiliger Krieg) einzureihen. Verschärfen in dieser Lage die USA und Europa den Druck auf die Taliban, könnte sich das Regime in Kabul verhärtet. Sein militärischer Chef, Siradshuddin Haqqani, der Sohn eines früheren CIA-Lieblings und Taliban-Ministers, wartet nur darauf. Er ist kein netter Mensch.

Kampf bei DPD trägt Früchte

MEYRIN GE. Seit Monaten macht die Unia wegen der haarsträubenden Arbeitsbedingungen beim Päckli-Riesen DPD Druck (work berichtete: rebrand.ly/workdpd). Das zahlt sich jetzt aus: Im Depot in Meyrin hat der Konzern erstmals einen Grossteil der Fahrerinnen und Fahrer direkt angestellt. Bisher hatte DPD in der Schweiz alle Kurierinnen und Kuriere über Subunternehmen angeheuert – und sich damit aus der Verantwortung gestohlen. Einen Wermutstropfen gibt es allerdings: Die Direktanstellung gilt nicht für Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

Sozialplan bei Cremo erkämpft

STEFFISBURG BE. Der Schock kam am 21. April: Der Milchprodukte-Produzent Cremo verkündete, seinen Standort in Steffisburg zu schliessen. Mehr als 40 Mitarbeitende sollten ihre Stelle verlieren. Zusammen mit der Unia haben die Mitarbeitenden jetzt einen guten Sozialplan erreicht. Er bringt hohe Abfindungen, die Möglichkeit zur



CREMO: Guter Sozialplan für Mitarbeitende. FOTO: CREMO

Frühpensionierung sowie Weiterbildungsangebote. Erreicht hat dies die Belegschaft mit mehreren Aktionen bis hin zum «Walkout» aus der Fabrik. Die Schliessung des Werks ist bereits Ende August erfolgt.

Deutschland: Sieg der Lokführer

BERLIN DE. Im Lohnkonflikt mit der Deutschen Bahn haben sich die Lokführerinnen und -führer durchgesetzt. Am 16. September hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) eine Einigung mit der Bahn erzielt. Sie enthält Lohnerhöhungen ab Dezember sowie in den Jahren 2022 und 2023. Die Deutsche Bahn hatte den Beschäftigten zuvor eine Nullrunde in diesem Jahr zumuten wollen. Der Einigung ging ein intensiver Arbeitskampf voraus, bei dem die GDL den Zugverkehr tagelang weitgehend lahmlegte.

Gewalt: Hilfe rund um die Uhr

BERN. Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, sollen jederzeit Zugang zu professioneller Hilfe haben – nicht nur zu Bürozeiten. Das fordern mehrere Vorstösse, die das Parlament nun angenommen hat. Der Bundesrat muss jetzt für ein landesweites Beratungsnetz sorgen, das jederzeit telefonisch und online erreichbar ist. Frauenrechtsorganisationen fordern das seit Jahren. Denn die Schweiz ist verpflichtet, ein solches Angebot zu gewährleisten. 2018 hat sie die Istanbul-Konvention unterschrieben, die konkrete Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen festlegt.

Halbzeit bei der Mitgliederbefragung im grossen Unia-Umbauprojekt So könnte sich die grösste Schweizer Gewerkschaft verändern

Die Unia zu kompliziert, die Basis zu schwach, das Gärtchen- und das Konkurrenzdenken zu gross: In Online-Runden werden Schwächen der Unia diskutiert. Und Wege, sie zu überwinden.

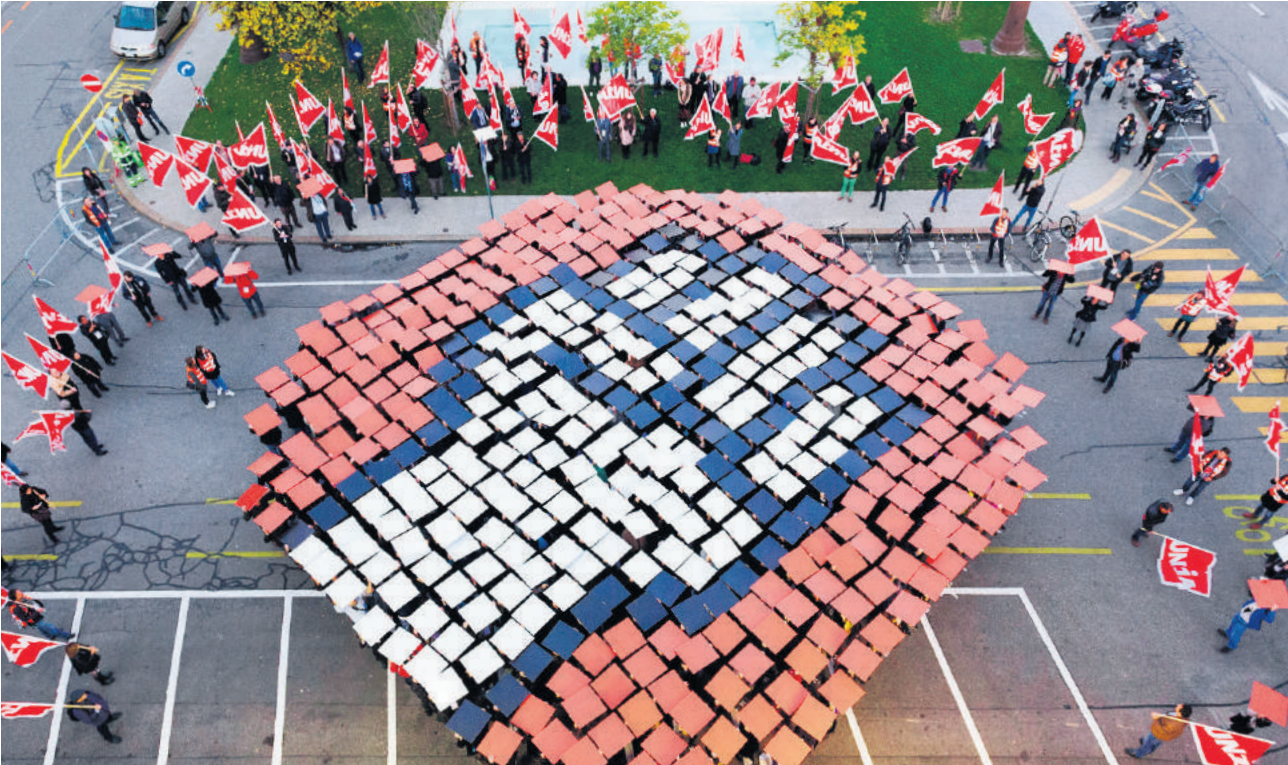
JOHANNES SUPE

I. DIE BASIS STÄRKEN

Es ist das entscheidende Thema des grossen Umbauprojekts «Unia 2.0»: Wie kann die Gewerkschaft dafür sorgen, dass es wirklich die Mitglieder sind, die entscheiden, was die Unia tut? Keine der vielen Online-Konferenzen, in der die Frage nicht angeschnitten wird. Momentan, so tönt es immer wieder, überwiege der Apparat gegenüber den Mitgliedern. Vorschläge, um das zu ändern, gibt es einige: Der Unia-Zentralvorstand, der bisher aus Mitgliedern und Mitarbeitenden der Unia besteht, soll ein reines Basisgremium werden. Die nationale Delegiertenversammlung soll gestärkt, und grössere Anstrengungen in der Mitgliederbildung müssten unternommen werden. Unklar ist noch, wie die Milizgremien in den Branchen und Regionen entwickelt werden können. Und noch fehlt es auch an Klarheit, wie aktive Mitglieder, die in ihren Betrieben das Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen geniessen, stärker an der Entscheidungsfindung in der Unia beteiligt werden können.

II. DIE UNIA VEREINFACHEN

Es war ein starker Moment, als eine Zürcher Unia-Frau deutlich machte, was sie an ihrer Gewerkschaft ändern würde: «Es ist alles so komplex», sagt sie. Und für die Mitglieder sei es deshalb schwierig, mitzumachen. Seit drei Jahren versuche sie, die Unia wirklich zu verstehen: «Ich wünsche mir, dass wir die Dinge vereinfachen, damit die Leute wirklich teilnehmen können!» Der Ausruf erfolgte am Ende einer Konferenz, die sich darum drehte, wie die Unia in Branchen wie dem Detailhandel stärker werden könnte. Tatsächlich drückte die Zürcherin eine Stimmung aus, die in jeder Runde spürbar ist. Die Unia kennt so viele Gremien und hat so viele Entscheidungs-



GEMEINSAM UNTER EINER FAUST: Das Umbauprojekt Unia 2.0 soll die Gewerkschaft so verändern, dass sie noch schlagkräftiger wird. Aktion am Unia-Kongress 2016 in Genf. FOTO: UNIA

stellen, dass es Mitgliedern schwerfällt zu wissen, wo sie sich einbringen können. Aber was soll vereinfacht werden? Und wie gelingt das, ohne Beteili-

Die Unia kennt so viele Gremien, dass es für die Mitglieder schwierig ist, mitzumachen.

gungsmöglichkeiten zu verlieren? Während eine Änderung der Sektorstruktur, gar ihr Ende, recht offen diskutiert wurde, gab es bisher noch nicht wirklich überzeugende Vorschläge für Anpassungen in den regionalen Gremien oder in den Interessengruppen.

III. DAS SILO-DENKEN ÜBERWINDEN

Die Neigung, die es manchmal auch in der Unia gibt, sich auf seinen Bereich zu konzentrieren und alles andere aus den Augen zu verlieren, hat einen Namen: «Silo-Denken». Unia-Chefin Vania Alleva brachte diesen Begriff in die Diskussion ein. Seitdem ist es ein zentraler Begriff der Unia-2.0-Debatte. Und in einem sind sich die Mitglieder

bislang einig: Raus aus den Bunkern! Die Unia soll öfter als bisher über die Grenzen einzelner Branchen und Ortschaften hinausreichen. Kennt die Unia der Zukunft also nur noch gemeinsame Grossanlässe, an denen alle arbeiten (Baustreik, Frauenstreik usw.)? Wohl nicht. Aber der Wunsch nach mehr davon ist deutlich.

IV. MEHR ZENTRALE, ABER KEIN ZENTRALISMUS

Was passiert, wenn eine Region stark ist in der Reinigung, eine zweite Region Zug hat auf dem Bau und eine dritte in der Industrie vorwärtsmacht – aber alle drei einander brauchen, um in ihrem jeweiligen Bereich wirkliche Fortschritte zu erzielen? Die Frage treibt die Mitglieder in den Online-Diskussionen um. So sehr, dass einige gar von einem regelrechten Konkurrenzdenken sprechen, das in der Gewerkschaft herrsche. Da soll Abhilfe geschaffen werden. Eine Tendenz, die sich bislang herauskristallisiert: Es soll gemeinsam, in der nationalen Organisation festgelegt werden, wo und wie sich die Unia engagiert. Also ein Berner Diktat bis ins Tessin hinein? Nein! In einer Diskussion

Welche Unia für welche Zukunft?

Die grösste Gewerkschaft der Schweiz befragt ihre Mitglieder. Diskussion in offenen Online-Konferenzen:

Die Termine

- 6.10. Professionelle Führungs- und Arbeitsweise
- 11.10. Mitgliederentwicklung
- 14.10. Bildungsangebot
- 20.10. Ressourcenverschiebung auf Terrain
- 26.10. Vertretung der Sprachregionen

Jeweils 18–20.30 Uhr

Infos und Anmeldung unter: unia.ch/Unia2.0



bringt es jemand auf den Punkt: «National werden Schwerpunkte gesetzt, die dann auch verbindlich sind. Aber regionale Besonderheiten müssen weiter Platz haben.»

Tessin: Ultrarechter Trick gegen Tessiner Mindestlohn Lega dei Ticinesi bastelt Pseudogewerkschaft

Auf Jahresende tritt im Tessin endlich ein Mindestlohn in Kraft. Doch einige Firmen wollen diesen umgehen – mit freundlichen Handlangerdiensten der Lega.

JONAS KOMPOSCH

Seit Jahren leidet das Tessin unter dem tiefsten Lohnniveau der Schweiz. Kein Wunder, sagte die Stimmbevölkerung Ja zur kantonalen Mindestlohninitiative der Grünen. Das war 2015. Auf den 1. Dezember tritt nun endlich eine erste gesetzliche Lohnuntergrenze in Kraft. Sie beträgt vorerst 19 Franken pro Stunde.

Das ergibt zwar alles andere als ein königliches Salär. Doch manchen Chefinnen und Chefs geht selbst der tiefste aller Schweizer Mindestlöhne zu weit. Drei grosse Industriefirmen versuchen jetzt sogar, das Volksverdict zu sabotieren – namentlich Cebi Micromotors in Stabio, Plasti-

fil in Mendrisio und Ligo Electric in Ligonetto. Für ihr Manöver nutzen sie eine Gesetzesschwäche, vor der die Unia schon immer gewarnt hat: Für Arbeitende, deren Lohn in einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geregelt ist, gilt der Mindestlohn nicht.



NEO-GEWERKSCHAFTER: Lega-Politiker Boris Bignasca.

FOTO: KEYSTONE

Heisst: Sie dürfen auch fortan zu unwürdigen Tiefstlöhnen angestellt werden. Das ist, was die drei Firmen wollen. Dumm nur, dass sie sich stets geweigert haben, mit den Mitarbeitenden und ihren Gewerkschaften einen anständigen GAV zu verhandeln. Nun aber brauch-

ten die drei Firmen plötzlich ganz dringend einen Vertrag. Hierfür schlossen sie sich kurzerhand in einer neuen Ar-

Tisin hat einen Organisationsgrad von 0,39 Prozent.

beitsgebervereinigung zusammen. Diese heisst «Ticino Manufacturing» und wird unterstützt von der mächtigen Partei der Ultrarechten, der Lega dei Ticinesi. Die hat ihrerseits mit «Tisin» eine neue «Gewerkschaft» ins Leben gerufen. Und was für eine!

DREIERGESPANN DIKTIERT

Das Stimmrecht ist «exklusiv den Gründungsmitgliedern vorbehalten». Das Kommando haben demnach einzig und allein Boris Bignasca (34), seinerseits Lega-Politiker und Erbe des väterlichen Firmenimperiums, die Lega-Anwältin Sabrina Aldi (36) sowie Nando Ceruso (74), einst Vizechef der christlichen Arbeitnehmervereinigung OCST. Da Tisin

im Februar Einsitz in sieben paritätische Kommissionen verlangte, musste sie Mitgliederzahlen offenlegen: In sieben Branchen mit total 10 824 Arbeitenden hat die selbsternannte Gewerkschaft gerade mal 48 Mitglieder, also einen Organisationsgrad von 0,39 Prozent. Für die Neo-Sozialpartner genug für einen ersten Streich: Am 1. September unterzeichneten sie einen regelrechten Dumping-GAV mit 16-Franken-Stundenlöhnen und diversen Verschlechterungen der bestehenden Arbeitsbedingungen. Ob das den Arbeitenden passt, wurden diese nie gefragt. Für den Unia-Regionalsekretär Giangio Gargantini ist deshalb klar: «Die angebliche Volkspartei zeigt jetzt ihr wahres Gesicht. Sie kollaboriert mit jenen Chefs, die ihre Mitarbeitenden zu Bedingungen ausbeuten, die sogar unsere Verfassung für unwürdig hält.» Die Tessiner Lohnabhängigen würden das aber nicht tolerieren. Auf den 9. Oktober werde bereits zu einer grossen Anti-Lega-Demo nach Mendrisio aufgerufen.

Bundestagswahlen in Deutschland: Die vier grossen Überraschungen

Bundeskanzler Olaf Scholz? Einigermassen wahrscheinlich!

Der Sieg der SPD und ihres Kandidaten Olaf Scholz fiel viel knapper aus als vorausgesagt. Er ist trotzdem grösser, als es die Prozentzahlen nahelegen.

MICHAEL STÖTZEL

Drei Tage nach der Wahl setzt sich fort, was die letzten zwei Monate gekennzeichnet hat: CDU-Mann Armin Laschet stolpert von einem Fettnäpfchen ins nächste und kämpft einigermassen verzweifelt gegen das drohende Ende seiner politischen Karriere. Ob er noch lange durchhält, ist höchst fraglich.

Die SPD ist nun in 12 der 16 Länder die stärkste Partei.

SPD-Mann Olaf Scholz andererseits weiss seine Partei geschlossen hinter sich. Er bleibt äusserlich ruhig und bereitet sich professionell auf eine Machtübernahme im Kanzleramt vor. Dass er sie mit den Königsmachern der Grünen und dem aufgeplusterten FDP-Alleinherrscher Christian Lindner teilen müssen, scheint ihn nicht zu beunruhigen. Obgleich seine programmatischen Schwerpunkte bisher brüsk von Lindner abgelehnt werden.

SPD-Scholz will:
● 12 Euro Mindestlohn ● Keine Erhöhung des Rentenalters ● Garantierte Mindestrenten ● 2 Prozent der Landfläche für erneuerbare Energien ● Leichte Steuererhöhungen für Reiche ● CO₂-



VEREINIGTE SPD: Kanzlerkandidat Olaf Scholz (Mitte), umgeben von seinen Parteifreundinnen und -freunden. FOTO: GETTY

neutrales Land bis 2045 (siehe Rubrik «Rosa Zukunft» unten).

FDP-Lindner dagegen will:

● Zurück zur «schwarzen Null» im Staatshaushalt ● Für den Klimaschutz sollen nach seiner Vorstellung Private sorgen, denen er dazu Steuerenkungen und Investitionsanreize anbieten will.

1. ÜBERRASCHUNG: ROTE LÄNDER

Die klare Mehrheit der Bevölkerung will lieber Scholz und die SPD im Kanzleramt. Ihnen spricht sie die grössere Kom-

petenz in entscheidenden Fragen – Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Rente – zu. Das erklärt auch eine erste Überraschung: Der knappe 2-Prozent-Vorsprung reichte zusammen mit den Verlusten der CDU, um der SPD mehr als eine Verdoppelung ihrer direkt gewonnenen Mandate in den 299 Wahlkreisen zu bescheren. Bei den Zweitstimmen gewann sie 8 Bundesländer hinzu und ist nun in 12 der 16 Länder die stärkste Partei. Was allerdings nur eine Momentaufnahme ist, noch im Juni erhielt sie bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen-

Anhalt gerade mal knapp 90 000 Stimmen, am Sonntag machten dort mehr als 380 000 Wählerinnen und Wähler das Kreuz bei ihr. Mit anderen Worten: Die Wahlentscheidungen wechseln schnell und fallen sehr kurzfristig aus, die traditionelle Stammwählerschaft spielt keine entscheidende Rolle mehr.

2. ÜBERRASCHUNG: DIE GRÜNEN

Das zweischneidige Ergebnis der Grünen, die ihr Ergebnis mit 14,8 Prozent und 5,8 Prozent Zugewinn als grossen Gewinn schönreden. Dabei unterschla-

gen sie, dass ihnen die Prognosen im Sommer noch mindestens 27 Prozent, zeitweise sogar Platz eins voraussagten. Wieso sind sie dermassen abgestürzt? Nur weil Spitzenfrau Annalena Baerbock ein, zwei läppische Fehler machte? Darüber verlieren sie bislang kein Wort.

3. ÜBERRASCHUNG: JUNGE FÜR FDP

Die vielleicht dickste Überraschung, mit der wirklich niemand gerechnet hat und die sich bisher niemand schlüssig erklären kann, ist der Erfolg Lindners und seiner neoliberalen Gefolgsleute von der FDP bei den Erst- und Jungwählerinnen und -wählern. Die Partei der Reichen, der Zahnärztinnen und Apotheker landet dort bei 20 bis 22 Prozent, ganz vorne und fast gleichauf mit den Grünen und deren Klimajugend.

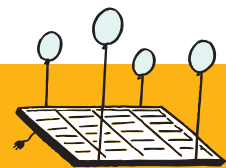
4. ÜBERRASCHUNG: DIE LINKE

Die Linke ist gewaltig eingebrochen. Sie hatte angesichts der neu gewonnenen Zugkraft der SPD mit Verlusten rechnen müssen, traute aber den Prognosen, die ihr durchweg 7, mindestens 6 Prozent zutraute. Sie landete bei knapp 4,9 Prozent, das ist eine Halbierung der bisherigen 9,2 Prozent. Und kehrt jetzt mit nur 39 Abgeordneten in den Bundestag zurück. Immerhin macht sie nicht die 600 000 Wählenden für das Debakel verantwortlich, die von ihr zur SPD zogen.

EIN BISSCHEN WEIBLICHER

Weniger überraschend ist schliesslich der nur wenig gestiegene Anteil der Frauen unter den Abgeordneten. Er stieg aufgrund der Zugewinne von SPD und Grünen einerseits, der Verluste der Linken andererseits lediglich von 31 auf 35 Prozent.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Stromlücke: Warum Gaskraftwerke nichts für die Schweiz sind

Soll die Schweiz wegen der kommenden Winterstrom-Lücke jährlich 400 Millionen in Gaskraftwerke stecken, die im Ernstfall wegen fehlenden Gases gar keinen Strom produzieren können? Eher nicht. Denn die Alternative liegt auf dem Tisch.

Wir leben in einer Zeit der Brüche und Umbrüche. Die Produktion von Autos verzögert sich, weil zu wenig Chips erhältlich sind. Die Kosten für Containertransporte zwischen Shenzen und Rotterdam haben sich vervielfacht. Die Preise für Rohstoffe – auch für das umweltfreundliche Bauholz – explodieren. In China fällt der grösste private Baukonzern mit 300 Milliarden Schulden in den Schoss der Banken der kommunistischen Partei.

Viele führen das auf die Coronakrise zurück. Vielleicht ist auch genau das Gegenteil wahr. Ohne Coronakrise wären die Probleme noch grösser. Warum? Weil die Nachfrage noch grösser wäre.

Das Nein zum Rahmenabkommen mit der EU bedeutet zumindest mittelfristig ein Nein zum Stromabkommen mit der EU. Uns fehlen im Winterhalbjahr 25 Milliarden Kilowattstunden Strom, wenn wir nächstens drei sinnvolle Dinge

kombinieren. Erstens: Ausstieg aus der Atomenergie. Zweitens: Umstieg auf Elektroautos, die immer günstiger werden. Und drittens: Ersatz der fossilen Heizungen vorab durch immer effizienter werdende Luft-Wasser-Wärmepumpen.

Die Pandemie hat uns gelehrt: Wenn Güter knapp werden, ist sich jede und jeder am nächsten. Niemand liefert Strom oder Gas in die Schweiz, wenn er selber zu wenig hat. Was dies bedeutet, lehrt uns der europäische Gasmarkt in diesem Herbst.

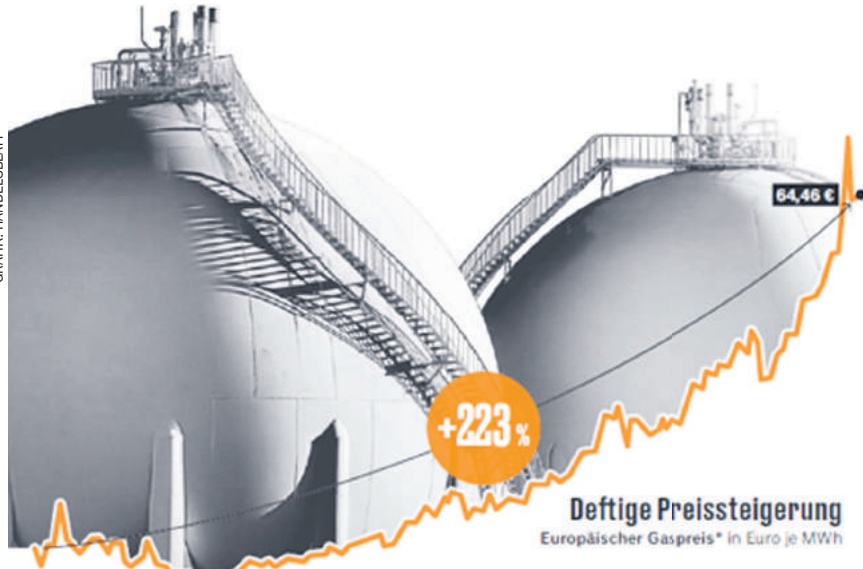
ZU WENIG GAS: Die Deutschen haben riesige Gasspeicher. Sie können – wenn diese voll sind – jeden kalten Winter durchstehen. Das aktuelle Problem: Die Gasspeicher sind zurzeit nur zu 62 Prozent gefüllt, obwohl die Russen ihre Lieferverpflichtungen einhalten. Jetzt drohen die Yankees problemverschärfend mit einem Exportverbot für ihr Flüssiggas.

ZU TEURES GAS: Die Gaspreise sind bereits heute – obwohl wir uns nicht in einer Krise befinden – am Explodieren. Selbst modernste Gaskraftwerke brauchen mindestens 1,5 Kilowattstunden Gas, um eine Kilowattstunde Strom zu produzieren. Das heisst zehn Rappen allein an Brennstoffkosten.

GASKRAFTWERKE NUR GEGEN KOHLE: Niemand will und wird Gaskraftwerke in der Schweiz bauen. Ausser, es gibt dafür Subventionen. Die Vereinigung «Kompass Europa» schlägt vor, den Strom um 0,65 Rappen pro Kilowattstunde zu verteuern, um Gaskraftwerke zu bauen. Klingt harmlos, bedeutet aber, dass wir jedes Jahr fast 400 Millionen in Gaskraftwerke stecken, die im Ernstfall wegen fehlenden Gases gar nicht produzieren können.

Die Alternative liegt auf dem Tisch. Nur wollen wir sie noch nicht wahrnehmen. Das wird sich nach den Wahlen in Deutschland ändern. Weil jede neue Regierung drei Dinge beschliessen wird: Erstens werden alle Bundesländer zwei Prozent ihrer Fläche für Solar- und Windanlagen zur Verfügung stellen müssen. Zweitens werden die Genehmigungsverfahren massiv beschleunigt. Vermutlich auf 6 Monate. Und drittens wird es für neue, erneuerbare Energien Gratis-Knete von der Bank für den Wiederaufbau geben.

DER WAHRE WASSER-STOFF: Die Schweiz hat dank den Stauseen kein Regulierungsproblem, sondern einen Trumpf. Wir müssen für den Fall des Falles das Wasser in den Stauseen lassen. Und nur produ-



zieren, wenn wir keinen Strom beziehen oder selber produzieren können. Das geht nur mit mehr Staat.

SOLAR-FLÄCHE: Auf 2 Prozent der Fläche der Schweiz kann man relativ problemlos mit Photovoltaik 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom produzieren. Vorab, weil in den Alpen pro installiertes Kilowatt viermal so viel Winterstrom anfällt wie im nebligen Mittelland.

SOLAR-TEMPO: Heute dauert es eine halbe Ewigkeit, bis man vielleicht eine Bewilligung für den Bau einer

Freiflächenanlage bekommt. Das muss und wird sich ändern.

SOLARE PREISE: Weil die Schweiz dank den vielen vorhandenen Stauseen und dank den auch im Winter sonnigen Alpen und Voralpen die besten Voraussetzungen hat, rechnet sich eine Netto-null-Schweiz sogar.

Der Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen produziert zusammen mit den Wahlergebnissen in Deutschland einen einzigartigen Kollateralschaden. Geschichte und Geschichten entwickeln sich dialektisch.



Noch 21 Mal schlafen bis zur Jubiläums-Ausgabe!

20
JAHRE
work



Teste die beste

linke, überregionale
Tageszeitung.

Jetzt an Deinem Kiosk!

Montag – Freitag 2,60 CHF Samstag 2,90 CHF
Alle Verkaufsstellen unter: www.jungewelt.de/kiosk

Päcklikurieri, Saisonarbeitende und Gebäudereinigerinnen erzählen:
Verstörende Berichte aus der Klassengesellschaft

Missachtet und schlecht bezahlt: Menschen in Tieflohnjobs. Jetzt lassen Soziologe Nachtwey und Soziologin Mayer-Aruja sie in einem neuen Buch zu Wort kommen.

RALPH HUG
Die im Dunkeln sieht man nicht: So dichtete einst Bertolt Brecht über Menschen, von denen niemand spricht. Die weder berühmt noch bekannt sind, sondern «nur» versuchen, anständig zu leben und jeden Tag ihr Bestes zu geben. Das sind heute vor allem Pflegerinnen, Kassierinnen, Saisonarbeiter, Paketzusteller, Tellerwäscher, Wachleute, Gebäudereinigerinnen, Kinderbetreuer. Kurzum: all jene, die das Land am Laufen halten. Ohne ihre tägliche Knochenarbeit würde die Gesellschaft sofort zusammenbrechen.
Im neuen Buch «Verkannte Leistungsträger:innen» sprechen sich diese Menschen aus. Es sind Zeugnisse von unten. Dort, wo viel gearbeitet und wenig verdient wird. Herausgegeben wurde der Band vom Soziologen Oliver Nachtwey und von der Soziologin Nicole Mayer-Aruja.

Systemrelevanz müsste sich irgendwann im Lohn niederschlagen.

Erst seit der Pandemie sind die Kolleginnen und Kollegen aus den Tieflohnbranchen in den bürgerlichen Medien zum Thema geworden. Plötzlich bekommen sie viel verbalen Schmus zu hören – und sogar Applaus von Balkonen herab. Aber das, was sie am nötigsten hätten, nämlich anständige Löhne zum Leben, haben die meisten bis heute nicht.

AUTHENTISCH, VIELFÄLTIG, VERSTÖRENDE
Erzieherin Sandra, die in einer Kita arbeitet, erzählt: «Abends bin ich ausgelaugt, wenn ich heimkomme. Da geht dann nichts mehr, dann ist nur noch Couch angesagt und fertig.» Oder Herr Tommé, er ist seit 19 Jahren Paketzusteller und ziemlich desillusioniert ob allem, was er erlebt hat: «Kann ja sein, dass die Post systemrelevant ist, dann müsste sich das aber auch irgendwie in den Löhnen niederschlagen.» Seit elf Jahren arbeitet Karl im Warenlager eines Online-Händlers. Er fühlt sich «verarscht» von denen da oben im Betrieb: «Die erzählen uns Sachen, und jeder weiss, es ist nicht so.» Karl stuft sich politisch als «halbrechts» ein. Ihn stört es, blöd dazustehen, wenn er sagt, er sei stolz, ein Deutscher zu sein. Schwere Kost also. Doch die «Berichte aus der Klassengesellschaft», wie der Band im Untertitel heisst, sind authentisch, vielfältig und teils so verstörend wie die Realität selbst. Nachtwey und Mayer-Aruja lassen das moderne Dienstleistungsproletariat zu Wort kommen. Es ist zu grossen Teilen frauendominiert und migrantisch. Sie geben ihm eine Stimme und zeigen auch das grosse Leiden an und in der heutigen Arbeitswelt. Dabei wird klar: Wir leben nach wie vor in einer Klassengesellschaft, auch wenn die bürgerliche Wissenschaft diesen Begriff scheut wie der Teufel das Weihwasser.



KNOCHENJOB FÜR WENIG LOHN: Eine Logistik-Mitarbeiterin scannt neue Ware ein. FOTO: KEYSTONE

POLITISCHER TEUFELSKREIS
Im Vorwort skizzieren Mayer-Aruja und Nachtwey den politischen Teufelskreis, der zu den heutigen Missständen geführt hat. Denn diese kamen nicht über Nacht, sondern sind politisch gewollt. Leistung wurde auf einmal umdefiniert. Nicht mehr die Stahlarbeiter, die Kumpels in den Kohlegruben und die Facharbeiter in der Industrie waren diejenigen, die viel leisteten. Sondern die Manager, Bankchefs und Finanzspekulanten, die immer reicher wurden. Seit den 1990er Jahren galten und gelten sie als wahre «Leistungsträger». Gleichzeitig

setzte die bürgerliche Politik Steuersenkungen durch. Dies zwang den Staat, den Service public einzuschränken und abzubauen. Sogenannte «Reformen» im Arbeitsmarkt zwangen immer mehr Menschen in den wachsenden Tieflohnsektor. Nach der Finanzkrise ab 2008 und der Covid-Pandemie ab 2020 zeigt sich in aller Deutlichkeit, wie pervers diese Politik ist. Denn jetzt wird klar, dass die Arbeit am Fundament der Gesellschaft systemrelevant ist. Zugespitzt: Auf den Bankberater kann man verzichten, auf die Pflegerin im Spital und den Regalauffüller im Supermarkt nicht. Diese Menschen wollten nicht länger unsichtbare Opfer sein, halten Nachtwey und Mayer-Aruja fest. Derzeit finde ein Kampf um Anerkennung und Aufwertung statt. Und dieser Kampf ist noch nicht entschieden.



Nicole Mayer-Aruja und Oliver Nachtwey: **Verkannte Leistungsträger:innen.** Berichte aus der Klassengesellschaft. Edition Suhrkamp, Berlin 2021, ca. CHF 30.–.

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser

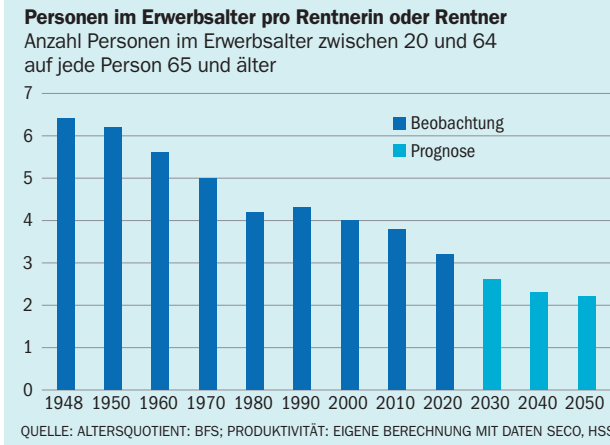


AHV-FINANZEN: KEINE ANGST VOR DER ALTERNDEN GESELLSCHAFT!

Da ist es wieder. Das Gespenst der alternden Gesellschaft. Noch bevor das Parlament mit der Debatte zur Altersvorsorge begonnen hatte, spukte es in den Medien herum. Dabei sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache: Wir werden zwar immer älter. Kamen bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 noch 6,5 Personen im Erwerbsalter auf eine Rentnerin, so sind es heute nur noch 3,3 (siehe Grafik). Bis 2050 dürfte das Verhältnis auf 2,2 sinken. Dieser Umstand muss uns aber nicht beunruhigen. Im Gegenteil: Wir dürfen uns glücklich schätzen, länger leben zu können. Es ist Ausdruck des grossen Wohlstands in diesem Land, der vielen von uns eine gute Gesundheit und ein langes Leben ermöglicht.

HÖHERE PRODUKTIVITÄT. Klar, die AHV muss wegen der Alterung mehr Renten auszahlen. Trotzdem besteht kein Grund, den finanziellen Ruin der Altersvorsorge an die Wand zu malen. Denn der Wohlstand, der uns erlaubt, älter zu werden, spült auch viel Geld in die Altersvorsorge. Wir haben heute einen hohen Lebensstandard, weil die Produktivität in

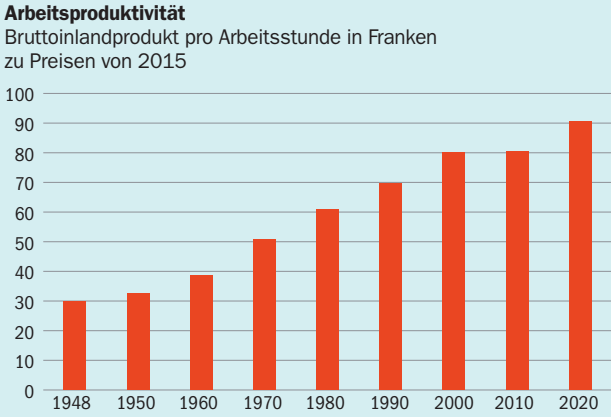
Erfreuliche Tendenz: Wir werden immer älter und produktiver



den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Heute erarbeitet eine Beschäftigte in der Stunde durchschnittlich dreimal mehr als noch 1948 (siehe Grafik). Mit der zunehmenden Produktivität stiegen auch die Löhne. Die zusätzlichen Lohnbeiträge deckten weitgehend die Kosten der Alterung in der AHV.

KNAPPE ARBEITSKRÄFTE. Die Produktivität wird auch in Zukunft steigen. Um möglichst hohe Gewinne zu er-

zielen, brauchen die Unternehmen möglichst produktive Mitarbeitende. Die Alterung setzt die Unternehmen zusätzlich unter Druck: Sinkt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, wird das Angebot an Arbeitskräften knapper. Die Firmen müssen höhere Löhne zahlen, um die richtigen Mitarbeitenden zu finden. Das zwingt diese wiederum, produktiver zu werden, da ansonsten die Margen sinken. Bleiben also die AHV-Finanzen automatisch im Lot?



Ganz so einfach ist es nicht. Die Produktivität wird in den kommenden Jahren kaum so stark steigen, um die höheren Ausgaben ganz aufzufangen. Müssen wir deshalb länger arbeiten oder die Renten kürzen? Nein, unser Wohlstand ist gross genug, um zusätzliche Beiträge zu zahlen. Auch bessere Renten sind finanzierbar – wenn man es politisch will.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Antifa-Revue
Die braune Schweiz

Kahlgeschorene Neonazis in Springerstiefeln und Bomberjacken – das war einmal. Heute machen Rechtsextreme auf Biedermeier und pflegen den entsprechend öden Look. Der «Nipster» etwa ist ein Nazi in Röhrenjeans und mit Bart, wie ihn der urbane «Hipster» trägt. Verschwunden sind die Hitler-Fans damit nicht. Das zeigt die Broschüre «Die braune Szene der Schweiz» der Antifa Bern. Sie bietet einen einzigartigen Überblick über die Strukturen des Schweizer Rechtsextremismus. Zwei Befunde stechen hervor: Insgesamt haben hiesige Fascho-Trupps an Anhängerschaft verloren. Doch noch immer sind sie international vernetzt – auch mit dem Unterstützerkreis des teilenttarnten Terrornetzwerks «Nationalsozialistischer Untergrund» (NSU).

Die **braune Szene der Schweiz** gibt es als PDF unter rebrand.ly/brauneszene oder als Gratis-Broschüre bei info@antifa.ch.

Zündfunk-Podcast
Kritisches aus Bayern

Bayern ist eine Hochburg der Katholisch-Konservativen. Doch auch im grössten deutschen Bundesland gibt es Nischen des Fortschritts. Etwa im Radio, genauer auf dem Sender Bayern 2, der seit 1974 das Format «Zündfunk» aus-



FOTO: ZVG

strahlt. Eine besonders seltene Blüte der Rundfunk-Kunst ist der «Zündfunk Generator». Das Gesellschaftsmagazin besticht mit scharfen Zeitgeist-Analysen und erfrischend kritischen Kommentaren. Durch den Äther geht es aber nur sonntags zur Unzeit von 22 bis 23 Uhr. Zum Glück gibt's den Generator auch als Podcast – zuletzt zu brandaktuellen Themen wie der Corona-Demo-Allianz von Esoterikern und Ultrarechten, dem Kampf migrantischer Linker gegen Islamismus oder den «Bullshit-Jobs» der «neuen Working Class».

rebrand.ly/zuendfunk

Ernst-Busch-Comic
Der letzte Prolet

Eigentlich unverständlich, dass der legendäre Ernst Busch erst jetzt in einer Graphic Novel erscheint. Denn die Biographie dieses Exzentrikers ist voller Brisanz. Busch war Werftarbeiter in der Kaiserzeit, Film- und Schallplattenstar in der Weimarer Republik, antifaschistischer Sänger im Exil, Gefangener des Nazi-Regimes, widerborstiger Staatskünstler und Vorzeigeprolet in der DDR. Diesen lebenden Mythos kannte der Maler Ronald Paris 1969 auf Leinwand. Doch das Portrait zeigte einen müden alten Mann – ein Skandal für die DDR-Oberen, die das Bild verschwinden liessen. Diese Affäre ist das Herzstück von «Der letzte Prolet», einer genialen künstlerisch-kritischen Auseinandersetzung mit dem grossen Ernst Busch.

Jochen Voigt und Sophia Hirsch: **Ernst Busch – der letzte Prolet.** Avant Verlag, Berlin 2021, 248 Seiten (in Farbe), ca. CHF 39.–.



Das offene Ohr
Nicole Debrunner
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Kompensationszahlung: Weniger Einkommen wegen Zwischenverdienstes?

Ich bin arbeitslos und habe neu die Möglichkeit, einen Zwischenverdienst anzutreten. Ich freue mich, wieder zu arbeiten, frage mich jedoch, ob es finanziell sinnvoll sei. Riskiere ich mit dem Zwischenverdienst Einkommenseinbussen?

NICOLE DEBRUNNER: Nein. Bei einem Zwischenverdienst haben Sie Anspruch auf Ersatz des Verdienstaustausfalls. Der Verdienstaustausch ist die Differenz zwischen dem Lohn aus dem Zwischenverdienst und dem versicherten Lohn. Gut zu wissen: der Zwischenverdienst muss mindestens mit dem berufs- und ortsüblichen Ansatz für die betreffende Arbeit entlohnt werden. Wenn Sie für eine Voll- oder Teilzeitstelle weniger verdienen



TEILZEIT-KELLNER: Dank der Kompensationszahlung lohnt sich ein Zwischenverdienst immer. FOTO: KEYSTONE

als die Ihnen zustehende Arbeitslosenentschädigung, haben Sie Anrecht auf Kompensationszahlungen. Diese begleiten den Verdienstaustausch je nach Taggeldansatz zu 70 oder 80 Prozent. Ein Beispiel: Der versicherte Verdienst beträgt CHF 5000. Davon erhalten Sie als Arbeitslosenentschädigung ohne Zwischenverdienst 70 oder 80 Prozent, also CHF 3500 oder CHF 4000 ausbezahlt. Wenn Sie einen Zwischenverdienst von CHF 2000 erzielen, so beläuft sich der Verdienstaustausch auf CHF 3000. Davon werden Ihnen von Seiten der Arbeitslosenversicherung entweder CHF 2100 (70 Prozent Taggeldansatz) oder CHF 2400 (80 Prozent Taggeldansatz) ersetzt. Der Zwischenverdienst zusammen mit der Kompensationszahlung ist demnach stets höher als die blossen Arbeitslosenentschädigung.

Differenzzahlung: Nach 12 Monaten weniger Arbeitslosenentschädigung?

Ich (35jährig, keine Kinder) bin arbeitslos, habe aber bereits seit 13 Monaten einen Zwischenverdienst. Für diese Arbeit erhielt ich bisher von der Arbeitslosenkasse Kompensationszahlungen. Seit dem letzten Monat ist jedoch meine Arbeitslosenentschädigung tiefer. Ist das korrekt?

NICOLE DEBRUNNER: Ja. Das liegt daran, dass Ihnen neu anstelle der Kompensationszahlung (siehe oben) nur noch die sogenannte Differenzzahlung ausgerechnet wird. Der Anspruch auf Kompensationszahlungen bei einem Zwischenverdienst besteht während längstens 12 Monaten. Allerdings gibt es Ausnahmen: Versicherte mit Unterhaltspflichten gegenüber Kindern unter 25 Jahren und Versicherte über 45 Jahre erhalten maximal während zweier Jahre Kompensationszahlungen. Für die anderen Versicherten besteht nach 12 Monaten nur noch Anspruch auf Differenzzahlung. Das bedeutet: das Einkommen wird von der Arbeitslosenentschädigung abgezogen. Bei einem versicherten Verdienst von CHF 5000 und einem Zwischenverdienst von CHF 2000 beträgt die Differenzzahlung je nach Taggeldansatz entweder CHF 1500 (70 Prozent von CHF 3500) oder CHF 2000 (80 Prozent von CHF 4000). Die Differenzzahlung ist somit tiefer als die Kompensationszahlung.

Gehaltserhöhung: Wer zaghaft und unvorbereitet in die Lohnverhandlung steigt, hat schlechte Karten

Starke Leistung ist Ihr bestes Argument

Auch wenn Ihr Gesamtarbeitsvertrag für ein Mindestmass an Lohngerechtigkeit sorgt: ein bisschen mehr darf's trotzdem sein. work sagt, wie Sie eine Lohnverhandlung erfolgreich führen.

MARTIN JAKOB

«Sind Sie zufrieden mit Ihrem Lohn?» Diese Frage stellte das Meinungsforschungsinstitut Sotomo 2019 rund 10000 Personen in der Schweiz. Als «eher unzufrieden» oder «unzufrieden» bezeichneten sich 41 Prozent der Befragten. Falls Sie auch zu dieser Gruppe gehören, sollten Sie prüfen, ob mehr Lohn für Sie drinliegt. Oder anders gesagt: ob Ihre Firma bereit ist, Ihrer Arbeit einen höheren Wert beizumessen. Und weil die Initiative von Ihnen ausgeht, müssen auch die Argumente von Ihnen kommen.

MEHRWERTE AUSWEISEN

Der Königsweg zur Lohnerhöhung führt über Ihren Leistungsausweis. Haben Sie die vereinbarten Ziele übertroffen? Ein internes Projekt zum Erfolg geführt? Eine Weiterbildung abgeschlossen, die für Ihren Job von Nutzen ist? Mehr Verantwortung übernommen? Haben Sie der Firma durch Neuaufträge zu Mehreinsparnissen verholfen oder durch kluges Verhandeln eine Ersparnis herausgeholt? Haben Sie Vorschläge eingereicht, die zur Verbesserung von Arbeitsabläufen führten? Konnten Sie die Reklamationsquote senken?

All dies sind starke Argumente für eine Lohnaufbesserung – vor allem, wenn Sie Belege vorzeigen können. Am besten notieren Sie sich Ihre Erfolge jeweils. So geht in der Hitze des Gefechts nichts vergessen.

HEIKEL: LOHNVERGLEICHE

Verdienen andere in vergleichbarer Position mehr als Sie, ist das zwar unbefriedigend, aber nicht in jedem Fall ein starker Verhandlungspunkt. Sicher: wenn der Lohnunterschied auf Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zurückzuführen ist, gilt es zu handeln (work berichtete: **rebrand.ly/lohndiskrimi**). Bei Lohndiskriminierung können Sie auch juristisch gegen Ihren Arbeitgeber vor-

gehen. Lassen Sie sich von der Unia beraten!

Verdient hingegen Ihr Vis-à-vis im Team für die gleiche Arbeit bei – nach Ihrer Einschätzung – gleicher Leistung deutlich mehr,

Führen Sie mit Blick aufs Lohngespräch ein Erfolgstagebuch.

sollten Sie diesen Umstand sicher nicht als einziges Argument anführen. Denn vielleicht hat sich Ihr Kollege bei den Vorgesetzten bisher einfach besser verkauft. Oder hat in den Qualifikationsgesprächen stets besser abgeschnitten. Haben Sie Ihre Leistungen (siehe oben) in schönen Farben geschildert, können Sie aber ergänzend auf die Ungleichheit hinweisen.

Ebenso heikel ist es, im Lohngespräch die Resultate aus dem SGB-Lohnrechner vorzulegen. Der ist zwar ein tolles Instrument, um den eigenen Marktwert als Arbeitskraft grob einzuschätzen, und eine gute Hilfe für die Lohnverhandlung bei einer Stellenbewerbung (**www.lohnrechner.ch**). Als Argument für Sie, warum man Ihnen gerade jetzt eine Lohnerhöhung gewähren sollte, eignet sich der Lohnrechner aber weniger.

UNTAUGLICHE GRÜNDE

Firmen sind Firmen und keine Wohltätigkeitsvereine. Begründen Sie Ihren Wunsch nach höherem Lohn deshalb nie damit, dass Sie mehr Geld bräuchten. Auch wenn die Ursachen dafür nachvollziehbar klingen, mag tatsächlich Ihr Budget ins Wanken bringen. Aber Ihr Wert für die Firma steigt damit leider nicht.



WORKTIPP

SO LIEBER NICHT!

Man lernt ja auch von schlechten Beispielen. Der Song «Hey Boss, ich brauch' mehr Geld!» von Gunter Gabriel landete 1974 weit vorne in der Hitparade – nachzu hören unter **rebrand.ly/heyboss** – und brachte dem Country-Schlagersänger ein schönes Fuder Tantiemen ein. Aber mehr Lohn hätte er damit kaum erfolgreich ausgehandelt.



Warum? Song hören, work-Artikel lesen. Dann liegt die Antwort auf der Hand.

VERHANDELN, NICHT STREITEN

Manche Expertinnen finden, das jährliche Mitarbeiter- oder Qualifikationsgespräch sei der beste Zeitpunkt für eine Neuverhandlung des Lohns – da werde schliesslich über erbrachte Leistungen

geredet. Andere sehen das lockerer: Der beste Zeitpunkt sei immer dann, wenn genügend gute Argumente vorlägen. Coach Rolf Sum-

Seien Sie selbstbewusst und mutig, aber bleiben Sie konstruktiv.

mermatter, Referent des Movendo-Kurses «Auf Stellensuche mit 50+», findet vor allem die Vorbereitung und das Auftreten wichtig. «Selbstbewusst, mutig und offen in der Verhandlung steigen, aber dem

GAV-LÖHNE

NACH OBEN OFFEN

Wer arbeitet, soll auch anständig verdienen und vom Lohn gut leben können. Zudem ist es nur fair, die Mitarbeitenden angemessen an den Erfolgen der Unternehmen zu beteiligen. Mit dieser Haltung führen die Gewerkschaften Lohnverhandlungen für ganze Branchen und einzelne Berufsgruppen. In Gesamtarbeitsverträgen sind die Resultate verbindlich festgehalten.

UNTERGRENZEN.

In über 260 Gesamtarbeitsverträgen ist die Unia Vertragspartnerin, gesamtschweizerisch sind die Löhne von rund der Hälfte der Angestellten durch GAV-Mindestlöhne gegen unten abgesichert. Manche GAV enthalten zudem Bestimmungen, wie und wann ein Lohn zu steigen hat (etwa abhängig vom Alter oder von der Erfahrung im Beruf). Im Interesse chronisch schlecht bezahlter Berufsgruppen setzen sich die Gewerkschaften ausserdem für Mindestlöhne ein, die mittlerweile in fünf Kantonen Gesetz sind.

GAV GILT! Wer in einer Firma mit Gesamtarbeitsvertrag arbeitet, ist also vor Dumpinglöhnen gut geschützt. Erfüllt Ihr Lohn die vertraglich gesicherten Mindestanforderungen? Wenn nicht, müssen Sie nicht lange verhandeln, sondern schlicht auf die Einhaltung des GAV pochen. Und wenn ja: die Absicherung des Lohns gegen unten bedeutet natürlich nicht, dass er gegen oben gedeckelt ist!

Alle GAV im Volltext und mit praktischen Suchhilfen: **www.gav-service.ch** (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ÜBER STOCK UND STEIN: Das Navi am Lenkrad ist zwar ein prima Wegweiser. Jedoch muss das teure Smartphone in einer sicheren Halterung stecken. FOTO: ADOBE STOCK

Gute Handyhalterungen für wenig Geld

Eine Handyhalterung fürs Velo ist praktisch: Auf einer Velotour können Sie das zum Navi umfunktionierte Handy am Lenker befestigen und sich den Weg anzeigen lassen. Doch nicht alle Modelle sind brauchbar und praxistauglich. Das zeigt der «Saldo»-Vergleich. Geprüft wurden die Montage am Lenker, das Einsetzen des Handys in die Halterung sowie die Stabilität während der Fahrt. Die Halterungen wurden mit einem Citybike im Stadtverkehr sowie mit einem Mountainbike auf einer holprigen Bergabfahrt getestet.

Vier der sechs Modelle bestanden den Test – auch auf der Rüttelstrecke.

GÜNSTIG UND GUT. Vier der sechs getesteten Modelle hielten das Handy sicher und fest am Lenker. Darunter war auch die günstigste Halterung im Test, der «Finn Smartphonehalter Universal» von Bikelcityguide (17 Franken). Er ist nicht mehr als ein komplexes Gummiband und hielt im Test ähnlich gut wie das festgeschraubte «Out Front Mount V2» von Quad Lock (das einschliesslich Adapter fürs Handy zwischen 57 und 74 Franken kostet). Der «Bike Bundle II Universal Phone Case» (37 Franken) punktet mit einer Hülle, die das Handy bei Stürzen und bei Regen schützt.

Nicht ganz überzeugen konnten der «Multi Fahrzeughalterung Universal Bag» von Hama und der «Phonepad Loop von Klickfix». Beide kippten während der ruckeligen Fahrt etwas nach vorne. MARC MAIR-NOACK

Superfood: Einheimische Kost bietet Alternativen zu Goji & Co.

Denn das Gute wächst so nah

Wenn's gesünder sein soll als gesund, greifen Leute von heute gern zu Superfood. Doch die trendigen Importe sind teuer, ökologisch fragwürdig und gut ersetzbar durch nahe Gewächse.

MARTIN JAKOB

Importe aus fernen Kontinenten, die exotischen Zauber verbreiten, liegen schwer im Trend. Chia-Samen aus Lateinamerika, sie seien einst die Powernahrung der Mayas gewesen. Goji-Beeren aus China – dort als «Beere des Glücks» bezeichnet, weil ihr regelmässiger Verzehr Wohlbefinden verschaffe. Oder Manuka-Honig aus den tiefsten Wäldern Neu-

seelands, den die Maori zur Wundpflege und gegen allerlei innere Krankheiten einsetzen.

GERADE SO GUT. Mehr Kraft, mehr Lebensfreude, tieferes Körpergewicht: Wunder über Wunder verspricht uns die Superfood-Werbung. Ist es das nicht das allergrösste Wunder, dass Europas Bevölkerung die lange Zeit überlebt hat, in der sie ohne die exotische Powernahrung auskommen musste? Doch ganz so wunderbarlich ist das nicht. Zwar haben die als Superfood bezeichneten Lebensmittel tatsächlich Quali-

täten in Bezug auf Nährwerte, antibakterielle Wirkung oder Stärkung des Immunsystems. Bei ausgewogener Ernährung kommt der Körper aber auch ohne sie aus, und unter den einheimischen Lebensmitteln findet sich so manches Kraut und manche Frucht, die locker mit den Importen mithalten kann.

● **Leinsamen** sind mit ihrem Gehalt an Fett, ungesättigten Fettsäuren und Ballaststoffen gut vergleichbar mit Chia-Samen, der Eiweissgehalt ist sogar etwas höher. ● **Einheimische Beeren**, vor allem Brombeere und Heidel-

beere, sind in Bezug auf Vitaminreichtum und auf andere Stoffe, die das Immunsystem stärken, den exotischen Beeren (Goji, Acai) ebenbürtig. ● **Randen** punkten genau wie **Granatäpfel** mit hohem Vitamin-C-Gehalt, der Eisen- und Kaliumgehalt ist sogar höher. ● **Hirse** enthält wie Quinoa viel Eisen, Magnesium, Eiweiss sowie wertvolle Vitamine und ist ebenfalls glutenfrei. ● **Europäischer Honig** besteht wie der extrem teure Manuka-Honig in erster Linie aus Zucker. Einzig als Naturheilmittel trumpft der Manuka-Honig auf – dank der antibakteriellen Wirkung eines Inhaltsstoffs, der aus dem Nektar der Ma-

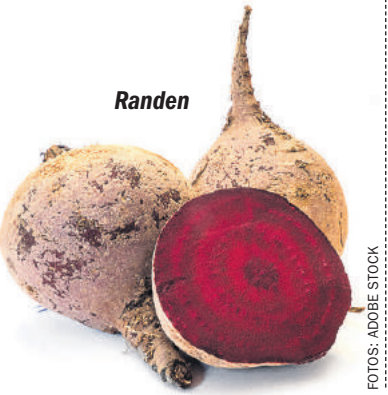


Granatäpfel

Bewirtschaftung mit künstlicher Bewässerung und mit vermehrtem Einsatz von Pestiziden und Herbiziden. Zwar bietet der Markt inzwischen auch Produkte aus biologischem Anbau. Dennoch: Mit gut gewählten Bio-Produkten aus einheimischen Anbau lassen sich supergesunde Ernährung und minimaler ökologischer Fussabdruck am besten verbinden. Wer die Exoten nicht missen will: Mittlerweile pflanzen auch erste Betriebe in der Schweiz Chia, Goji oder Quinoa



Honig



Randen

POPEYES SPINAT

MEHR MUCKIS

Popeye, der Comic-Seemann, lag goldrichtig: Spinat macht stark. Nicht des Eisens wegen, wie der verbreitete Irrtum lautet. Sondern dank der Steroide, die das Blattgemüse enthält. US-Forscher fütterten Ratten ausgiebig mit Spinat, worauf ihre Kraft innert Monatsfrist um gut 20 Prozent zunahm. Ein Experiment an der Freien Universität Berlin hat bestätigt, dass auch Menschen dank Spinatextrakt mehr Muskelmasse aufbauen können. Bereits wird diskutiert, ob Spinatpillen auf die Dopingliste gehören.

Unia-Arbeitslosenkasse Überdurchschnittlich

Die Unia-Arbeitslosenkasse erhält von den Versicherten gute Noten. Gut zu wissen: Sie sind frei in der Wahl Ihrer Kasse!

Das Seco hat die Ergebnisse einer Befragung publiziert, die im Frühling 2021 durchgeführt worden ist. Über 47'000 Stellensuchende haben teilgenommen. Thema: die Qualität der Arbeitslosenkassen. Die Resultate zeigen: Die Unia-Arbeitslosenkasse weist in einigen Punkten bessere Werte auf als der Durchschnitt aller Kassen. Insgesamt gaben die Versicherten der Unia-Arbeitslosenkasse eine Note 5,0 von 6,0. Der Durchschnitt aller Kassen liegt bei 4,9.

FREIE KASSENWAHL. Aus der Umfrage geht auch hervor, dass zwar die Mehrheit der Stellen-

suchenden ihre Arbeitslosenkasse selber ausgewählt hat. Von den 11 Prozent, denen die Kasse zugeteilt wurde, wussten aber drei Viertel nicht, dass sie ihre Wahl selber hätten treffen können.

Wählen Sie also im Bedarfsfall die Unia-Arbeitslosenkasse, und machen Sie auch Ihre Kolleginnen und Kollegen auf ihre Vor-

An 68 Orten in der Schweiz – und damit auch in Ihrer Nähe.

züge aufmerksam: Sie ist an 68 Orten der Schweiz und damit auch in der Nähe Ihres Wohnorts vertreten, offen auch für Nichtmitgliedern, und hat überdurchschnittlich zufriedene Kundinnen und Kunden. (jk)

unia.ch/de/arbeitslosenkasse

workrätsel 2 Coop-Gutscheine à je Fr.150.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!



LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 15
Das Lösungswort lautete: WARNSTREIK

F	F		P	B		D	I		
A	L	G	E	B	R	A	P	A	T
N	U		A	R	S	E	N	A	L
C	R	I	C	K	E	T	N	G	
B	L	E	C	H		L	A	N	B
U	O		B	A	S	T	I	O	N
B	A	N	D	I	T	M	E	H	E
U	S		B		M	E	S	S	B
T		G	E	R	A	N	I	E	
M	O	T	E	L		G	D	E	K
A	U	S		N		M	E	L	O
L	B	E	T	O	N	E	N	G	
L	E	E	R		D	I	S	E	L
A	N	A	H	E	L	E	G	E	N
E	H	E	L	I	N	E	R	V	E

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Bern in Bern, hat gewonnen:
Peter Gartenmann, Häuslenen TG.
Herzlichen Glückwunsch!

Grillgitter			Wetter-sendung auf SRF	Erd-achsen-punkte	Staat in Ost-europa			Holz-raum-mass	... und Mordio schreien	männl. Fürwort	Compu-ter-neustart		Figur d. Nibe-lungen-liebes		Tierfuss	Film-apparat	engl. Bier-sorte	ugs.: Fern-sehen
Lohn, ... , Solida-rität								in aller Munde; das Impf...										
engl.: bei			Land im Wasser		Schieds-richter (engl.)								Netz-werk-betreuer Kw.		Berg in Grau-bünden: Piz ...			
gut in Stücke zu brechen						8		flach position-ieren		Ehe-mann, Gemahl		Grund-stoff-teilchen Mz.						unabh. Filmpro-duktion
					Mitteil-lungen (Kw.)		erklär. Text zu Bildern		3						engl. Flächen-mass Mz.		einho-len, er-reichen	
Zeichen der Herr-scher-würde		brauner Farbstoff		Zeiti-tungs-anzeige								Arznei-mittel-form		Flächen-mass Mz.				
Busse	9						sanfte Wellen		unver-schämt, gemein		schweiz. Tiefsee-forscher † 2008							
				Regen-schutz am Man-tel Mz.	bis in ferne Gegen-den					2				hindern, beläs-tigen		Keim-zelle		
Forma-tierungs-sprache (Abk.)	Blumen-gefässe		Men-schen-schlange			7					schweiz. Grafiker † 2007		Fortset-zungs-reihe					
Erd-zeitalter		6			unge-zogenes Kind		Schlitten		literar. Hand-lungs-abläufe						heilig in Städte-namen	1		Erfinder, Physiker † 1943 (Nikola)
			Wasser-lebewe-sen Ez.	Balkon-pflanze								Protest-marsch (Kw.)		zusam-menge-hörende Teile		5		
Musik-stil (Trance)	eigen-ständig, unab-hängig					4			nord-westdt. Fluss			Fakul-tätslei-ter Mz.						
verar-beitetes Fell				Abk.: Kanton	Titel-figur bei Brecht †		alt Bun-desrat † 1977						10	ital. Tonbez. für das D		lat.: und		
Kehr-seite	nicht gerade, gebogen											dt. Bundes-kanzlerin (Angela)						
								Vorn. v. Bundes-rät. Som-maruga										

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 15. Oktober 2021

INSERAT

Jetzt sind wir dran!

Wir wollen, dass die Angestellten in den essentiellen Branchen, auf dem Bau, im Gewerbe und in der Industrie für ihre Anstrengungen während der Krise die verdiente Anerkennung erhalten.

Am 30. Oktober alle an die Demos in Genf, Bern, Olten, Zürich und im Tessin. Für mehr Lohn, Respekt und Solidarität.

Es braucht mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen!

Mehr Infos: solidaritaet.unia.ch

15 000 Protestierende an der Frauenrenten-Demo vom 18. September

Fertig mit Rentenabbau!

Demo-Duft liegt in der Luft! Nach Corona-Abstinenz endlich wieder Asphalt unter den Füßen, Septembersonne auf der Nase, Megaphon-Reden im Ohr. «65 ans, c'est toujours non!» schallt es von den Romandes. «Basta discriminazioni» von den Tessinerinnen, und immer wieder: «Hände weg von unseren Renten!» Der sprachübergreifende Tenor: keine Rentenreform auf dem Buckel der Frauen. Rund 15 000 Leute setzten am 18. September in Bern ein starkes Zeichen gegen die Rentenreform AHV 21. Denn die geplante Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre ist nichts anderes als eine Rentensenkung für die Frauen.

«Wir wollen Renten, die zum Leben reichen!»

UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA

WÜTEND. Dabei erhalten Frauen insgesamt bereits jetzt 37 Prozent weniger Rente als Männer, bei der beruflichen Vorsorge beträgt der Unterschied gar satte 63 Prozent. Das macht Unia-Chefin Vania Alleva wütend. Und nicht nur sie: «Wir alle sind wütend!» sagt sie in ihrer Rede auf dem Bundesplatz. «Wir wollen keine Rentenreform, die kein einziges Problem löst, sondern nur neue Probleme schafft. Wir brauchen Renten, die zum Leben reichen!» (asz)



FRAUENMEER: Tausende protestierten auf dem Bundesplatz gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters. FOTOS: SGB



VICTORY: Die AHV 21 muss gebodigt werden. FOTO: SGB



HÄNDE HOCH! Unia-Chefin Vania Alleva (links) ist an der vordersten Transpi-Front mit dabei. FOTOS: SGB



FRÖHLICH, FARBIG, FRECH: Frauenprotest gegen das «Patriarkack» (Bild ganz rechts). FOTOS: SGB



FRAUENFAUST: Für Lohn- und Rentengleichheit. FOTO: SGB



PAS TOUCHE, GIÙ LE MANI, HÄNDE WEG! Die Renten müssen erhöht statt gekürzt werden. FOTOS: SGB



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSION work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.